

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Mit den Ortsbeilagen: „Der Rote Stern“, „Der kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Hilfe“, „Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Tribüne“, „Der Jungprolet“
Begründet von Bernhard Schönländer (März 1920 ermordet)

Genosse Katosi vor dem Standgericht!

Heute Urteilsverkündung — Bei Todesstrafe in 3 Stunden Vollstreckung

(Eigener Drahtbericht)

Budapest, 14. November. Heute beginnt der Prozess gegen die fünf „Räuber“ der jüngsten kommunistischen Revolution, Katosi, Joltan Weiberger, Karl Göri, Ignaz Gödös und Saman, die wegen Auftragsmord angeklagt sind, eines Verbrechens, das in standgerichtlichen Verfahren abzuurteilen ist. Die Verhandlungen werden nötigenfalls auch am Sonntag stattfinden.

Heute morgen Urteilsverkündung

(Eig. Drahtb.) Wien, 16. November.

Im Prozess gegen Katosi und Genossen wurde am Sonntag nachmittag 2 Uhr die Verhandlung des Standgerichts abgeschlossen. Sämtliche fünf Angeklagten haben mit ihrer einzigen Ausnahme ihre früheren Angaben widerrufen. Die Urteilsverkündung erfolgt Montag früh 9 Uhr.

Proteststurm

(Eig. Drahtb.) Berlin, 15. November.

Das Zentralkomitee der KPD erklärt folgenden Aufruf zum Standgerichtsverfahren gegen Katosi und seine Freunde: Die von uns gehegten schlimmsten Befürchtungen sind eingetroffen:

Ungarns ständhafteste Klassenkämpfer, die Genossen Katosi, Weiberger, Göri, Gödös und Saman stehen in dieser Stunde vor dem Standgericht!

Das unerschrockene und heldenhafte revolutionäre Treuebekenntnis der in den Verlesenen der Horthy-Banden unermüdet gekämpft, Vorkämpfer der internationalen Arbeiterklasse hat die flammenden Sympathien der weitesten Kreise der werktätigen Schichten aller Länder erweckt. Unter dem ersten Ansturm dieser Millionen Proteststimmen mußte die ungarische Regierung zurückweichen. Sie hatte unter dem Druck dieser einmütigen Kundgebungen der Empörung der besten Teile der internationalen werktätigen Massen zunächst das Standgerichtsverfahren zurückgezogen. Jetzt aber zeigt sich, daß dieses Vorgehen nur den Zweck verfolgte, die Wachsamkeit der Millionen Sympathien mit den gekerkerten Proletariaten in den ungarischen Verlesenen einzuschärfen, und jetzt unvermittelt den unermüdeten Kämpfern zu weichen.

Das ungeheuerlichste Prozessverfahren, das je gegen Revolutionäre durchgeführt wurde, spielt sich in diesen Stunden ab. Das Horthy-Standgericht kann nur entweder auf Freispruch oder Todesurteil erkennen. Der Termin dieses Standgerichts wurde so angelegt, daß die Öffentlichkeit erst nach

Vollstreckung des Todesurteils

Stellung nehmen kann. Zu diesem Zwecke hat die Horthy-Regierung den Prozess auf gestern, Sonnabend, und heute, Sonntag, angelegt in der erbärmlichen Absicht, am Sonntagabend das Todesurteil fällen und am Montag in aller Frühe vollstrecken zu lassen. Diese Terminsetzung geschah zu dem Zweck, daß am Sonntag und Montag früh, wo keinerlei Zeitungen erscheinen, die Öffentlichkeit vor vollendete Tatsachen gestellt ist.

Diese Schandtat der Horthy-Regierung muß nunmehr erst recht die ungezügelt empörte Arbeiterklasse, die in Katosi und Genossen das Beste erkennen, was die internationale Arbeiterklasse zu verteidigen hatte: das unerschrockene Eintreten für die Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten aller Länder.

Ein Proteststurm von tausendfältiger Kraft gegen das Blutregime in Ungarn muß die Würde dieser abgelebten Blutherrschaft in Ungarn hinwegfegen!

Horthy ist nur das Gegenstück des Bluthundes Mussolini, der in diesen Tagen seine gebornen Mordtaten, die den sozialistischen Abgeordneten Matteotti von einer faschistischen Feme erschossen ließen, freisprechen ließ.

Zulassen, daß diese Mordtaten ungestraft und ungehindert ihr blutiges Handwerk weitertreiben — das heißt, der faschistischen Feme und dem faschistischen Mordterror Tür und Tor öffnen in allen Ländern. Jeder, der sich darum nicht mitzukümmern will an der Errichtung des internationalen Faschismus, seiner Klassenjustiz und seiner Feme, der muß seine Stimme erheben zum Protest gegen das schändliche Verbrechen, das an Katosi und Genossen verübt worden ist.

Der Raubakt an Katosi und Genossen ist ein Werk des internationalen Faschismus, ein Raubakt, der in Locoarno gegen Sowjetrußland geschmiedeten internationalen Front der Konter-

revolution, der in Ungarn verübt wird, um die gesamte internationale revolutionäre Arbeiterbewegung zu treffen.

Jetzt muß erst recht der internationale Proteststurm der werktätigen Massen in allen Ländern das weiße Henkerregime in Ungarn hinwegfegen. Der gewaltige Aufmarsch der werktätigen Massen in Stadt und Land muß die Mörderregierung in Ungarn und Italien stürzen. Das gebieterische Machtwort des internationalen Proletariats muß auch die Führer der Amsterdamer und der Zweiten Internationale zwingen, unverzüglich und energisch zu handeln, wenn die Proteste auch von ihrer Seite, wie sie selbst der „Vorwärts“ über die weiße Justiz gegen Katosi und Genossen geäußert hat, ernst genommen werden sollen. Das Blutregime in Ungarn und Italien richtet sich gegen das gesamte Proletariat ohne Ausnahme. Der Proteststurm des internationalen Proletariats muß durch die geschlossene Einheitsfront der gesamten Arbeiterklasse durchgeführt werden.

Heraus zum Proteststurm der Massen

gegen die niederträchtige Blutjustiz an Katosi und Genossen und zur Verhinderung einer weiteren hemmungslosen Raubjustiz an den besten Kräften der werktätigen und ausgebeuteten Massen in allen Ländern!

Heraus zum einmütigen flammenden Massenprotest!
Nieder mit den Standgerichten der Horthy-Banden!
Nieder mit dem Horthy-Regiment!

(Eig. Drahtb.) Moskau, 16. November.

Die Übergabe des Katosi-Prozesses an das Standgericht trotz wichtiger Prozesse der internationalen Arbeiterklasse löst in der gesamten Öffentlichkeit der Sowjetrepublik alle höchsten Erregung aus. Die „Pravda“ weist darauf hin, daß sich bei dem barbarischen Justizverbrechen, logar für die Teilweise der ungarischen revolutionären Feme, eine ungehörige Entschuldig der Angeklagten vollzieht. Die Staatsanwaltschaft scheint sich bemüht zu sein, wie absurd und plump die Anklage ausgebaut ist, und deshalb würde den Verteidigern nicht einmal das rechtlich garantierte Recht der Entscheidung in das Anlagematerial gewährt. Selbstverständlich sind Katosi und Genossen und mit ihnen die gesamte ungarische Arbeiterklasse in keiner Weise mit der jetzigen Entscheidung verbunden. Doch der Sturz der Horthy-Regierung kann nur Sache einer Klasse und nicht einzelner Personen sein. Aber es kommt der Staatsanwaltschaft gar nicht an Katosi, angebliche Schuld, sondern auf sein Geleit an. Dem Staatsanwalt wurde befohlen zu sagen, und er tat es. Das gesamte internationale Proletariat muß seine zürnende Proteststimme gegen das Budapest-Standgericht erheben. Alle schließlichen Proletariaten seien Katosi und Genossen unter ihren Schutz. Es muß den wild gewordenen Banditen Halt geboten werden.

Vom Tage

In der Zeit vom 15. bis zum 31. Oktober 1925 ist die Zahl der hauptunterstützten Erwerbslosen von 299 000 auf 354 000, d. h. um rund 22 Prozent gestiegen.

Nach der deutschen Entwaffnungsnote stellt die französische Presse fest, daß Deutschland zum Nachgeben bereit sei. Die Käufung Röns ab 1. Dezember werde wahrscheinlich beschlossen werden.

Vor dem Staatsgerichtshof wurden im Kommunistenprozess Benzmann und Genossen folgendes Urteil gefällt: Benzmann 5 Jahre Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe, Kühn und Kazmierczak zu je 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis.

Eine tschechisch-slowakische Arbeiterjugenddelegation, die nach der Sowjetunion zu reisen beabsichtigt, wird in Polen zurückgehalten.

Die kommunistische Fraktion des polnischen Sejm, brachte eine Anfrage über den Hungerstreik der 174 politischen Gefangenen im Gefängnis von Lid und die Ermordung des politischen Gefangenen Tschawilinski ein.

Tschangsolins Truppen befinden sich auf dem Rückzug. Er teilte mit, daß er „im Interesse des Friedens“ keine Truppen nach der Mandchurie zurückziehen will.

Die „entpolitisierte“ Dawes-Eisenbahn

Generaldirektor Deser zieht am Reichs- und Landtag von J. Jendrasch, M. d. L.

Neben der Behandlung der Wohnungs- und Kreditnot in den östlichen Gebieten spielt die Frage der Verkehrsverbesserung eine besondere Rolle. Die Wünsche und Anträge der Ostprovinzen, mehr und bessere Verkehrsmöglichkeiten zu schaffen, häufen und verdichten sich.

Der vom Preussischen Landtag eingeleitete 23. Ausschuss für die östlichen Grenzgebiete soll nun diesen fordischen Knoten lösen. Die Provinzen, Gemeinden und Kommunen und beteiligten Volkschichten sind des Glaubens, daß der Ostauschub alle Räte und Schmerzen beseitigen wird. Es soll aber diesmal nicht darüber gesprochen werden, wie weit und ob dies auf den vielen Gebieten überhaupt möglich ist. Nur das sei gesagt und von uns Kommunisten zum soundsowjetischen Male betont: Im bürgerlichen kapitalistischen Staat werden die Sorgen und Räte der werktätigen Bevölkerung bis ins Unerträgliche gesteigert und nur die politische Macht des Proletariats ist imstande, all die Fragen im Interesse der noleidenden Schichten des Volkes zu lösen.

Die Ostprovinzen verlangen also vom Ostauschub eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse von Eisenbahnbau, Einführung von Autobustlinien und Ermäßigung der Eisenbahnfahrpreise. Im Ostauschub wurde beschlossen, einen Vertreter der Reichsbahn-WG. als Sachverständigen zu laden, um von ihm zu hören, wie weit solche Verkehrsleistungen durchführbar sind. Die „guten, naiven“ Parlamentarier von der Sozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen hatten inzwischen vergessen, daß sie am 29. August 1924 mit 217 gegen 127 Stimmen im Reichstage ein Gesetz beschlossen haben, in dessen § 1 es heißt:

„Das Deutsche Reich errichtet durch dieses Gesetz zum Betriebe der Reichseisenbahn eine Gesellschaft mit der Firma Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft“

und weiter im § 5:

„Das Reich überträgt der Gesellschaft unter den Bedingungen, die sich aus diesem Gesetz und der Gesellschafts-satzung ergeben, das ausschließliche Recht zum Betriebe der Reichseisenbahnen. Das Betriebsrecht endet am 31. Dezember 1964, vorausgesetzt, daß alsdann sämtliche Reparationsschuldverschreibungen und sämtliche Vorzugsaktionen getilgt, zurückgelöst oder eingezogen sind usw.“

Die Fassung und der Inhalt des Eisenbahngesetzes bedeuten also die vollständige Preisgabe jeden Betriebs- und Verfügungsrechts über die Eisenbahn und Auslieferung derselben an die in- und ausländischen Kapitalräuber. Der Ostauschub glaubt nun, daß der Generaldirektor der Reichsbahn-WG. sich eines Besseren belehren lassen wird.

Herr Deser, der Generaldirektor, mußte den Herren des heiligen Parlamentarismus erst eine schallende Ohrfeige geben, um sie an ihre Dummheit vom 29. August 1924 zu erinnern. Er schrieb als Antwort auf die Bitte, einen Vertreter zu entsenden, ungefähr folgendes:

„Nachdem die Reichseisenbahn durch den Beschluß vom 29. August 1924, angenommen von der Mehrheit der Vertreter des deutschen Volkes, „entpolitisiert“ und in eine WG. umgewandelt ist, habe ich keine Beranlassung, vor einem politischen Parliamentsausschuss zu erscheinen.“ usw.

Also das ist doch deutlich genug. Der Herr Generaldirektor ist selbständig und wird schon dafür sorgen, daß der Raub der Eisenbahn unangestastet bleibt. Parlamente haben gesprochen und schon heut nach einem Jahre sind die Baukosten der aufstimmenden Parteivertretung so groß, daß man sie ihnen am Gesicht ansetzt.

Die längsten Gächler machen die berufenen „Volksvertreter“. Ihre Zunge ist infolge der Ohrfeige des Herrn Demokraten Deser steif geworden. Wie sich wahrscheinlich vor dem 31. 12. 1964 kaum lösen, d. h. es wird auf die proletarische Masse und ihren Willen ankommen. Sie haben am 29. August

Die „Endvollstreckung“ des größten staatlichen Verkehrsunternehmens, der Reichsbahn, geklärt. Sie dadurch dem Volke geöffnet und dem großen kapitalistischen Saßlichen bedingungslos ausgeliefert. Heute in der Sadgasse, streiten sie Jeter und Morbio. Wie lange noch wird es ihnen möglich sein, die arbeitenden Schichten um ihr Eigentum, ihr Recht und ihre Macht zu betrügen? Wie lange werden die Ostprovinzen zum Schauplatz vergeblich beten, und wie lange wird Herr Doser als Vertreter des Verwaltungsrates der Eisenbahn AG. noch Dörfeligen ausstellen?

Bis zu der Minute und Stunde, in welcher sich das wertvolle Volk auf sein Recht und seine Kraft besinnt und sich in die notwendige rote Front und unter Führung der kommunistischen Partei einreißt, um zum letzten entscheidenden Schlage auszuholen, um durch die soziale Revolution und durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats allen kapitalistischen Saßlichen und ihren parlamentarischen Helfershelfern das Handwerk zu legen.

Um was es geht!

Zur Provinziallandtagswahl

Unser Zentralorgan, die „rote Fahne“, schreibt:

Aus dem Verhalten der SPD, ergibt das Proletariat zurecht, daß die Sozialdemokraten das Bündnis mit der Bourgeoisie und mit den Krautkuckern vorziehen, gegen ein Bündnis mit der einzigen Arbeiterpartei, mit der KPD. Die SPD, proklamiert mit der Ablehnung der Räteverbände:

Gegen die Einheitsfront des Proletariats, für die Einheitsfront mit Junkern und Bourgeoisie zugerechnet. Das bedeutet:

- Helferdienste für die Monarchisten!
- Unterstützung der Konstanten und Schloßbarone!
- Wahlhilfe für Volkspartei und Volkspatrioten!
- Entreten für eine reaktionäre Mehrheit in den Provinziallandtagen und Reichstagen!
- Helferdienste zur sozialen Ausbeutung des Landproletariats!
- Helferdienste zur politischen Entziehung der Arbeiter aus dem Bunde!
- Helferdienste zur ökonomischen Unterdrückung der Landarbeiter, Kleinbauern, Siedler und Pächter!

Aus diesen wackeln und unaufrichtigen Zeilagen muß das Landproletariat die notwendigen Konsequenzen ziehen. Die Landarbeiter, die Kleinbauern, die Siedler und Pächter, die Handwerker und Industrieproletariate auf dem flachen Lande haben am 2. November zu wählen zwischen der Herrschaft der Junker und der Bourgeoisie oder zwischen der Selbstverwaltung der arbeitenden Klassenmassen. Wer die Einheitsfront des Proletariats nicht will, wie die Sozialdemokratie, will die Herrschaft der Feinde des Proletariats. Mehr denn je muß die Arbeiterkraft in der Provinz und auf dem flachen Lande klar sehen, wie die Dinge stehen. Genau so wie das Proletariat in Berlin den Weg zur Stärkung seines Einflusses durch eine partei kommunistische Kampfschlacht in Reichstagsparlamenten gefunden hat, genau so muß das ländliche Proletariat erkennen, daß der Weg aus Unterdrückung und Knechtschaft nur in der Stärkung und Unterführung starker kommunistischer Fraktionen in den Provinziallandtagen und Reichstagen ist.

Kommunistische Erfolge bei den heftigen Kommunalwahlen

(Sig. Draht.) Frankfurt, 16. November.

Sowohl Resultate der heftigen Kommunal- und Provinziallandtagswahl vorliegen, zeigen sie durchwegs kommunistische Erfolge. In Mainz erhielt die KPD 3014 Stimmen gegen 1461 Stimmen 1922. Die SPD blieb gleich stark, Deutschnationaler verloren die Hälfte, ebenso die Deutsche Volkspartei.

Von Hühn zu Hühn ...

Roman einer Frau

12 | Von Anna Meyenberg — Der Malik-Verlag, Berlin

Ich bin so froh darüber, um der Kinder willen, denn ich habe noch nie gesehen, daß Frau Obermeier ihre Kinder so recht herzt und liebt, wie es Mütter tun. Immer nur einen schätzbaren Fuß auf die Wangen, wenn sie „Gute Nacht“ sagen. Zuerst war ich im Herzen immer böse auf die Frau, wenn ich das sah, aber seitdem ich weiß, warum sie so merkwürdig ist, bin ich ihr noch mehr gut. Die alte Mutter hat es mir heimlich erzählt und ich will es Euch hier auch schreiben.

Vor nicht sehr langer Zeit, ehe ich hierher kam, hatte ich der kleine Friedrich einen roten Nagel in den Fuß gesteckt. Um Blutergüsse zu verhindern, haben sie die Wunde gleich mit Karbolwasser gewaschen und Frau Obermeier läßt aus Versehen das Fläschchen mit der Karbolsäure im Kinderzimmer auf dem Tische stehen und geht hinaus. Kurz darauf kommt Herr Obermeier zum Frühstück nach Hause, geht ins Kinderzimmer, nimmt oben aus dem Schrank eine Flasche, schenkt sich ein Gläschen Brantwein ein und trinkt, während er zum Fenster tritt und in den Garten sieht.

Der kleinste Sohn Karl, der erst zwei Jahre alt war und beim Nicken im Sofa lag, sieht den Vater trinten, greift nach der Karbolsäure und trinkt auch. Das Kind röhrt, die Flasche fällt, Herr Obermeier springt herzu, faßt das Kind und läuft schnell mit ihm in die Küche an die Wasserleitung und läßt ihn Wasser in den Mund laufen. Im ersten Schreck hatte er wohl nicht daran gedacht, daß Milch heißer gewesen wäre, vielleicht hat er es auch nicht gewußt. Das Kind war gleich leblos — und man würde alle Pferde angehört und Ketten und Wagen nach Herten ausgehört. Die sind dann auch gekommen und haben Stundenlang an dem leblosen Körper herumgeschrien und gepörrt, bis das Kind noch einmal aufgewacht ist. Aber es war nur eine große Quäl, denn es ist doch nach einigen Stunden gestorben.

Am quälten sich die beiden Eheleute heimlich mit Selbstvorwürfen und merkten gar nicht, wie fremd sie sich selbst und ihren anderen Kindern dabei werden. Ist das nicht schrecklich? Mir tut die Frau leid, denn ich denke, daß sie früher viel lustiger gewesen ist. Sie fährt jeden Sonntag nach dem Grabe des

Abchluss der Brüsseler Konferenz Gegen Socarno — für Selbstbestimmungsrecht Elb-Lothringens

Brüssel, 16. November. In der Schlussung der internationalen kommunistischen Konferenz referierten die Genossen Stücker und Huber über die Frage Elb-Lothringens. Der Stücker sprach im Namen der elb-Lothringischen Arbeiterschaft, daß die Kommunisten International die Vorkämpfer sind für die Autonomie Elb-Lothringens bis zur vollständigen Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht des elb-Lothringischen Volkes bis zur völligen Auflösung vom französischen Reich. Genosse Stücker gab im Namen der deutschen Delegation eine Erklärung ab, die besagt, daß die deutschen Kommunisten gemeinsam mit den französischen Kommunisten den Kampf der elb-Lothringischen Arbeiter und Bauern gegen jegliche imperialistische Unterdrückung unterstützen. So sehr die deutschen Kommunisten die letzten Bestrebungen der Elb-Lothringens um Autonomie unterstützen, erörtern sie, daß die Arbeiter und Bauern Elb-Lothringens immer mehr erkennen, daß ihre wirkliche Befreiung erst das Werk der proletarischen Revolution sein wird und erst mit einem Bunde der Sowjetrepublik Frankreich ermöglicht werden kann.

Socarno wurde eine Resolution gegen den Socarno-Bund gefaßt, die in allen Parlamenten als kommunistische Erklärung verlesen werden soll. Weitere Resolutionen wurden für den nächsten Tag und für die Autonomie und die Volksbestimmung in Elb-Lothringens angenommen.

Wanderheide weiß aus

Charleroi, 14. November. Der französische Kommunist Andre Marty, der am Mittwoch in einer kommunistischen Versammlung gelprochen hat, wurde von der belgischen Polizei an die Grenze gebracht.

Abchluss der Exekutivführung der Bergarbeiter-Internationale

(Sig. Draht.) Berlin, 16. November.

Die Sitzung der Exekutive der Bergarbeiter-Internationale in Paris, auf der Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Polen und Luxemburg vertreten waren, ist beendet worden. Die Sitzung beschäftigte sich besonders mit der Lage des Bergbaus in England, Deutschland, Belgien und den Vereinigten Staaten, wo der Streik in den Anthrazitgruben weitergeht. Behandelt wurde ferner die Länge des Arbeitstages in den verschiedenen Ländern und besonders in Deutschland, dessen längere Arbeitszeit das Dumping auf den ausländischen Märkten immer unerträglich macht. In der Schlussung berichtete der Sekretär der Internationalen, Franz Hodges, über die Konferenz der internationalen Berufssekretariate und der Antierdamer Internationalen zum Studium des Kampfes gegen die Kriegsgesetze. Der Plan der Entsendung einer Delegation der Bergarbeiter-Internationale nach Sowjetland wurde nochmals geprüft. Die Internationale besteht aus ihrem (niemals bekräftigten) Recht der freien Wahl der Dolmetscher und wird, von diesem Standpunkt ausgehend, die Verhandlungen mit der Sowjetregierung über die geplante Reise fortsetzen. Der Sitzung wurde mitgeteilt, daß die Bergarbeiter Japans ihren Eintritt in die Internationale angezeigt haben. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, welche die Aufmerksamkeit des Proletariats auf die Vorgänge in Ma-

Achtung! Achtung!

Breslau, Dienstag, den 17. November, abends 7.30 Uhr, Sitzung aller Zellenleiter, Betriebsrat, Dr. und Polizeier, Stationsvorstände. (Kontak wird Dienstag telefonisch gegeben.)

Sörlitz, Mittwoch, den 18. November, vormittags 9 Uhr, Unterbezirkskonferenz im „Fellner“, Sonnenstraße. Alle Funktionäre der Ortsgruppen müssen erscheinen.

Wien, Mittwoch, den 18. November, abends 8 Uhr, Unterbezirksleiterung im „Reichsleiter“.

Thema in allen Veranstaltungen: Reorganisation, Referent der Zentrale anwesend.

kleinen Karl und ich gleiche, so oft sie ihre anderen Kinder ansieht, denkt sie daran, der Mann „Karlchen“ wird nie im Haus genannt, selbst die Kinder sehen sich vor und sprechen nicht von dem Bräutigam.

Man muß ich lieblich, liebe Mutter, und wünsche Euch auch gleich eine recht tröstliche Weihnacht, falls ich bis zum Fest nicht mehr schreiben sollte. Viele herzliche Grüße, auch an Marie und Karl. Immer Euer Annachen

Das Weihnachtstfest war bei uns lang und langlos verlaufen. Das Bäuerchen war noch notwendig spät am Abend ausgeht worden, nur weil es mit dabei gehörte. Die Knechte nahen ihre letzten Geschenke in Empfang und verließen sofort wieder das Zimmer, genau so stumpf und gleichgültig als hätten sie ihr tägliches Leben abgehört. Ich war auch sehr enttäuscht, denn für meinen übergroßen Fleiß hatte ich doch auf eine besondere Anerkennung gerechnet. Aber ich bekam nur einige Meter billigen Stoff für einen Hauskleid und eine Küchenhülle. Langsam schlief ich mit meinem Paket auf mein Kissen. Da lag ich dann und dachte lange darüber nach, wie ich es wohl hätte ein können in einem Hause, wo alle Mittel da waren, um Freude zu bereiten. Aber die Menschen verstanden nicht zu geben — oder wollten sie nicht? — ach, lieber wollte ich nicht, denn aus dem Willen wächst doch die Tat.

Und dieser Wille hing von dem „Herrn“ ab.

Am Neujahrstage hatte Herr Obermeier einen neuen Kalender über seinen Schreibtisch gehängt — eine Gedächtnisliste die sonst wohl niemand interessierte, die aber für mich die Quelle taglicher Freude wurde. Jeden Morgen, wenn ich den Schreibtisch aufräumte, rief ich auch das Blättchen der Vergangenenheit ab und ließ es, anstatt in den Papierkorb, in meine Schürchentasche gleiten. Wenn ich mich dann unbefasst einige Minuten verstreuen konnte, zog ich das Blättchen hervor und vertiefte mich in den schönen Vers, der auf der Rückseite stand.

Es waren alles kleine Gedichte von Eichendorff, von dem ich bisher eben wenig wußte wie von so manchem anderen Dichter. Durch die kleine Gedichte kam ich noch mehr zum tieferen Denken, ja, oft fühlte ich meine Umgebung gar nicht mehr, so hielten sie mich gefangen. Und seltsam war es, ich nahm meine eigenen kleinen Verse her, die ich heimlich gemacht hatte, und veraltete und verbelebte daran, bis sie mir so gefielen, wie die Verse auf dem Kalender.

Bei der niedrigsten Arbeit hatte ich oft die schönsten, hümmelhaft schwebenden Gedanken, vor denen ich oft selbst erschrak.

Ein großes, großes Hoffen wuchs in meinem Herzen, doch

rotte und Syrien land und zur Organisierung des Kampfes gegen den Krieg auffordert. Schließlich wurde festgelegt, daß der nächste internationale Bergarbeiterkongress am 10. August 1926 in Krakau stattfinden soll.

Vor der letzten Entscheidung über Socarno

(Sig. Draht.) Berlin, 16. November.

Der Ausschuss hinter den deutschen Regierungsausschuss und Annahme oder Ablehnung des Kriegspalles ist nunmehr in ein entscheidendes Stadium getreten.

Der deutsch-nationale Parteitag, der heute beginnt, wurde gestern durch eine Sitzung des Parteiausschusses ausgesetzt. Die Mehrheit der Deutschnationalen sprach sich für Ablehnung aus. Immerhin war eine Minderheit für Annahme vorhanden. (Sals und halbi die Red.) Überdies glauben Luther und Straßmann noch einen letzten Bruch auszuheilen zu können. Sie haben einen früheren Zusammenritt der Reichstagskommissionen erstellt, deren Note, die die Rückwirkungen ankündigt, soll, bereits in Berlin eingetroffen ist.

Eine weitere Entscheidung wird auf dem Parteitag des Zentrums fallen, der gestern in Kassel eröffnet wurde. Vor ihm wird abhängig sein, ob das Zentrum dem brutalen, offenen Ausbeuterkurs weiter steuern oder sich der flüchtigen, geschickten, den Ausbeuterkurs verheißenden Wirt-Richtung anschließen wird.

Am Dienstag tritt dann der Fraktionsvorstand der SPD zusammen, um zu beraten, welche Katalendnisse er für die Bourgeoisie leisten kann. Auf diese dritte Sitzung können sich die Entente-kapitalisten ganz bestimmt verlassen.

Das ist bayerische Justiz!

Richt der Mörder, der Antlader des Mordes ist schuldig!

(Sig. Draht.) Nürnberg, 16. November.

Am 8. August 1925 hatte die staatliche bayerische Landespoltizei einen Familienausflug der SPD, Nürnberg in Nürnberg überfallen und an Zeinberge prengt. Eine ganze Anzahl Teilnehmer wurde durch Schüsse in Nürnberg hiebei verletzt. Weil in der Stadtratsitzung vom 13. August kommunistische Stadträte das Verhalten der Polizeidirektor Garcke kritisiert unterzogen, erhoben der Polizeidirektor Garcke zwei Stadträte Klage wegen „Beleidigung“. Der Staatsanwalt beantragte Gefängnisstrafen bis zu sechs Wochen, trotzdem in den Verhandlungen vor dem Schöffengericht festgestellt wurde, daß die Polizei äußerst brutal vorging. Die Stadträte wurden wegen ihrer Nachrede zu Gefängnisstrafen verurteilt, und zwar die Kommunisten Fischer zu 600 M., Koch zu 1000 M., die Sozialdemokraten Reichmann zu 250 M., Schmidt zu 50 M. und Eberhardt zu 25 M.

Große Erfolge der Kommunisten bei den tschechischen Wahlen

(Sig. Draht.) Prag, 16. November.

Nach bisher vorliegenden Meldungen ergaben die Wahlen zum tschechischen Parlament und Senat, trotz schärfsten Kampfes aller Parteien und unerhörtem Regierungsterror einen glänzenden Sieg der Kommunisten. In Prag sind sie mit 55 000 Stimmen die zweitstärkste Partei. Die Sozialdemokraten kommen erst an dritter Stelle!

Heute Beginn des Prozesses gegen die KPD

(Sig. Draht.) London, 16. November.

Nachdem die Vernehmungen in dem gegen die zwölf Zentralmitglieder der englischen kommunistischen Partei eingeleiteten Prozeß vor dem Polizeigericht abgeschlossen sind, beginnt am Montag der Prozeß vor dem Schwurgericht Old Bailey.

Lord Reading hat der englischen Regierung geraten, den indischen Provinzen volle Provinzialautonomie zu gewähren, um dem drohenden Swarajistenaufstand zuvorzukommen.

Aus dem Kabinett Janoff sind vier Minister ausgeschieden, die durch neue Freunde Janoffs ersetzt werden.

mußte ich nicht auf was. — Etwas Märchenhaftes war in mir, als mußte eines Tages etwas kommen und mich entorbeneben, ganz, ganz hoch, so hoch wie die Berge steigt. Und wenn ich das Tages bei der Arbeit so geträumt hatte, dann träumte ich im Schlaf manchmal, daß ich Flügel hätte und flog dabei über ein er Dörfchen, und dann kam Waldemar, der auch Flügel hatte, und wir flogen ganz hoch, weit über den Kirchturm empor. Als mein erstes Jahr im Hause Obermeier um war, hielt der Hausherr Abrechnung mit mir. Aber ich traute meinen Augen kaum, denn die vierzig Taler waren alle aufgebraucht und ich war sogar noch mit zwölf Mark rückständig.

Ich rechnete immer wieder nach und las die lange Reihe der Posten durch und fand bald hier oder dort eine Eintragung für keine Sachen, die ich für Geschenke gehalten hatte. Eine Schürze oder Taschentücher, die mir die Frau aus der Stadt mitgebracht hatte, alles stand da schwarz auf weiß. Sogar ein abgewogener Mantel und ein Sommerhutm, den ich bekommen hatte, waren angerechnet. Der Mantel mit zwölf, der Schirm mit drei Mark.

Ein Jahr schwere Arbeit für einige Fährchen — und Schulden obenhin.

Ich wagte kein Wort zu sagen und blieb auf's neue.

Ich dachte in dieser Zeit oft an dasheim und dachte, warum sich wohl von den großen Geschwistern niemand entschließen konnte, den verlassenen Hof zu bewohnen und zu bebauen. Es war doch sicher besser, als für fremde Leute Tag und Nacht arbeiten zu müssen. Das Haus, wo Generationen geschäft und gestrebt hatten, lag leer und verlassen wie ein ausgestorbener Vogelnest. Die Gärten und Felder verpachtet — zum Auslaugen verpachtet — aber niemand wollte wieder aufs Land zurück, und ich allein war noch so jung, um auch nur daran denken zu können. Dann ein Mann gehörte auf den Hof, ein tüchtiger, fleißiger Mann, der die Landwirtchaft verstand. Und die Schwwestern vertrat er ich alle mit Handwerker, die in der Stadt ein besseres Auskommen hatten. Hoffentlich ich auch, daß das hügelige Land feucht und mager war und die ganze Gegend sehr wasserarm, so daß man oft im Sommer das Wasser mellenweit in Fässern auf dem Wagen holen mußte, wenn Menschen und Vieh nicht verdursten sollten. Das war auch wohl der Grund, warum niemand zurück wollte. Da, hätte der Vater nicht die große Hypothek auf's Haus gebracht, dann wäre es ein leichtes gewesen, den Lebensunterhalt aus dem Anwesen zu ziehen. Untere Geschwister hatten ja für wof'habend oder gar reich gehalten, und hatten doch auch von dem Hofe gelebt.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Edo Timmen über den Bericht der ersten deutschen Rußlanddelegation

Aus dem demnächst erscheinenden Bericht der deutschen Arbeiterdelegation über ihre Reise nach Sowjetrußland bringen wir nachstehend das Wort zum Ausdruck, das Edo Timmen, der Vorsitzende der Internationalen Transportarbeiter-Organisation, für diesen Bericht geschrieben hat.

Amsterdam, den 25. Oktober 1925.

An die Erste deutsche Arbeiterdelegation nach Rußland, Berlin.

Werte Genossen!

Ich erhielt das Manuskript des Berichtes über eure in Sowjetrußland gemachten Erfahrungen, den Ihr demnächst zur Veröffentlichung bringen werdet. Mit ganz besonderem Interesse habe ich von dessen Inhalt Kenntnis genommen und ich bin gern bereit, eurem Wunsche um einige Bemerkungen für die Schrift nachzukommen.

Andere haben vor euch das neue Rußland gesehen, die Arbeiter und Bauern von ihren Erfahrungen und Befindlichkeiten, was Sowjetrußland eigentlich habe ich in den letzten Jahren über die erste russische Sowjetrepublik gelesen und dabei von den ersten und oft tapferen Versuchen Kenntnis erlangt, um die Mauer von Sowjetrußland aufgerichtet wurde, zu durchbrechen, um die kämpfende und ringende russische Arbeiterklasse dem ringenden und leidenden Proletariat der übrigen Welt näherzubringen. Es waren darunter Männer, die vollständiger und besser geschrieben waren als das Euerige und die wertvollere Material anhielten.

Ich aber las ich eine Beschreibung über Rußland, einen Bericht über seine fast hocharbeitende Bevölkerung mit mehr Freude, als eure im vorliegenden Bericht gemachten Ausführungen.

Und der Grund? Es ist der, daß ihr es seid, gewöhnliche Arbeiter, die ihr aus den Betrieben, den Fabriken und Bergwerken kommt, daß ihr Bergarbeiter, Metallarbeiter, Textilarbeiter das, was ihr mit eigenen Augen gesehen habt, ungekünstelt und unverzerrt in eurer Art wiedergibt. Unter denjenigen, die vor euch nach Rußland gingen, waren Männer und Frauen mit besserem Allgemeinwissen als ihr, gebildeter, gewandter und gelehrter als ihr;

zweifellos war aber unter ihnen kein einziger, der mehr berechtigt und besser in der Lage gewesen wäre, das Leben des russischen Arbeiters zu studieren, seine Lebensverhältnisse mit den euren und denen eurer Kameraden zu vergleichen und sich ein unbefangenes Urteil zu bilden, als gerade ihr.

Und deshalb ist euer Buch, trotz seiner Schamtheit und seiner Mängel, die ihm natürlich anhaften, eines der bedeutendsten, die bisher über das neue Rußland erschienen sind.

Euer Bericht wird dazu beitragen, die Wahrheit über Rußland, seine Arbeiter und Bauern unter die deutschen Arbeiter zu tragen. Natürlich enthält er nicht die volle Wahrheit, denn die habt ihr in der verhältnismäßig kurzen Zeit, die ihr in den Sowjet-Republiken verbracht habt, nicht kennenzulernen vermocht. Eure Feststellungen sind aber jedenfalls ausreichend, um den deutschen Arbeitern zu zeigen, daß das Leben der russischen Arbeiter anders und zweifelsohne viel besser ist als eine voreingenommene, parteiische Presse ihnen glauben zu machen versucht.

Wegen eures Berichtes wird man euch natürlich angreifen. Man wird von euch sagen, daß ihr euch habt irreführen lassen, daß man euch in Rußland etwas vorgespiegelt hat, man wird über Botenklischee Dörfer jodeln,

man wird eure Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit in Zweifel ziehen.

Es wird von russischem Geld, von russischer „Gastfreihheit“, von russischen Manövern, durch die ihr euch habt beeinflussen lassen, die Rede sein, und man wird behaupten, daß deshalb euer Bild von Sowjetrußland ein günstiges ist. Vielleicht wird man auch von eurem Bericht sagen, daß er sich durch „die Niedrigkeit der Gesinnung“ auszeichnet, wie sich Friedrich Adler über den Bericht der offiziellen englischen Delegation nach Rußland äußerte. Auf jeden Fall wird alles Mögliche getan werden, um eure Zuverlässigkeit und die des Berichtes, in den Augen derjenigen, für welche euer Buch in erster Linie bestimmt ist, der deutschen Arbeiter, in Abrede zu stellen.

Ich hoffe, daß ihr euch das nicht zu Herzen nehmen und bei dem bleiben werdet, was ihr als wahr erkannt habt, daß ihr auch ferner die Wahrheit verteidigen werdet.

die durch seine Lügen und Verleumdungen aus der Welt zu schaffen sind, nämlich: daß die Arbeiterklasse Sowjetrußlands die Macht ergriffen und sich von ihren Unterbrüdern losgemacht hat, ihr eigenes Schicksal in die Hände nahm und sich unter großen Schwierigkeiten langsam aber sicher auch wirtschaftlich hocharbeitete.

Möge euer Bericht von Tausenden und aber Tausenden von Arbeitern in Deutschland gelesen und verstanden werden. Möge er Veranlassung dazu geben, daß sich noch zahlreiche andere deutsche Arbeiterorganisationen nach Rußland begeben, um sich von der Wahrheit über Sowjetrußland zu überzeugen. Möge er schließlich dazu beitragen.

daß die deutschen Organisationen selbst und der Deutsche Gewerkschaftsbund beschließen, durch die Entsendung einer Delegation mit den russischen Arbeitern zum Heil des deutschen Proletariats und der Arbeiter aller Länder direkt Fühlung zu nehmen.

Im Interesse der Wahrheit und Einheit wünsche ich euerem Bericht und auch bei eurer Arbeit guten Erfolg. Trotz allen Schwierigkeiten und Hemmnisse, trotz Verleumdungen und Verdächtigungen vorwärts!

Mit proletarischen Grüßen!

Edo Timmen

Rußlandbericht bei den Berliner Gemeindearbeitern

Am Freitag, den 6. November, wurde in der Generalversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter ein Bericht über die Rußlanddelegation erlassen. Der Referent, Heinrich Gemanig, schloß in ausführlicher Weise die gegenwärtigen Verhältnisse in Rußland und kam zu dem Schluß, daß die deutsche Arbeiterklasse alle Ursache hat, das Werk der russischen Arbeiter zu unterstützen und ihnen nachzueifern.

In der ausgedehnten Debatte wurde verlangt, daß der Verband, „Die Gewerkschaft“, die Sache gegen Rußland einstellt. Um die weitere Tagesordnung zu erledigen, wurde beantragt, die Debatte zu schließen. Tagobitsch als Veramtlungleiter erklärte hierzu, daß eine neue Generalversammlung am 20. November die übrigen Tagesordnungspunkte erledigen wird. Darauf wurde ein Schlußantrag abgelehnt und in der weiteren Debatte wurde Volenski zugegeben, daß die russische Arbeiterklasse Hervorragendes geleistet hat. Die deutschen Gewerkschaften würden, wie bisher, bei jedem Versuch der bürgerlichen Staaten, Rußland mit der Waffe anzugreifen, die ein zur Seite stehen. David Statter vom Verbandsvorstand versuchte als richtiger Kleinbürgerlicher Fänger und Abgänger den Bericht lächerlich zu machen, was ihm nicht gelang. Wegen der vorgerückten Zeit wurde die Versammlung vertagt.

Die Berliner Gemeindearbeiter haben ihren Vorstand gezwungen, vor ihnen einen Rußlandbericht sprechen zu lassen. Damit ist der Bann gebrochen, die sozialdemokratischen Verbände angefallen sind mit ihren Lügen über Sowjetrußland am Ende. Wann werden die Breslauer Gemeindearbeiter dem Beispiel ihrer Berliner Kollegen folgen?

Ein Menetekel für den ADGB

Vor einigen Tagen wurde aus Rom gemeldet: Heute nachmittag hat die Polizei die Direktoren des sozialdemokratischen Abanti und der kommunistischen Unita in Mailand verhaftet und Durchsuchungen, die allerdings erfolglos geblieben sein sollen, vorgenommen; so wird in die Rußlandkritik verriegelt. Bei den Gefangenen wurde ein Manuskript übergeben, welches die Darstellung der beiden Mächte bezüglich ihrer ständigen Kampfes gegen das soziale Regime und weil die Arbeiter trotz wiederholter Verwarnungen und nach Aufhebung eines Interdiktions gegen Rußland ihre aufstrebende Haltung nicht geändert hätten.

Damit hat Mussolini die gesamte Presse aller Arbeiterorganisationen unterdrückt. Diese Verfügung zeigt deutlich, als alle Bänderungen den wahren Zweck der „Attentatspläne“. Schon charakteristisch ist die Nachricht, daß das in Mailand der alte Haus der Gewerkschaften der sozialistischen Verbände übergeben wurde. Der Presse wurde verboten, außer den Polizeiberichten über den „Attentatsplan“ etwas zu veröffentlichen. Die letzte uns zugegangene Nummer der „Unita“ ist voll von Meldungen über Massenverhaftungen in ganz Italien.

Die Vorgänge in Italien sollten allen einseitigen Gewerkschaftlern eine Warnung sein. Wer nicht mit aller Kraft gegen die Bestrebungen des Faschismus ankämpft, bereitet ihm praktisch den Weg. Das haben nun auch die italienischen „Sozialisten“ begreifen müssen, die zu feige waren, zu rechter Zeit den Kampf der italienischen Arbeiter zum Ziele zu führen. In Deutschland spielen heute die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die alte Rolle wie die italienischen 1921 und 1922. Und genau so wie in Italien werden auch die deutschen Reformisten den Fußtritt erhalten. Die deutschen Arbeiter müssen dafür sorgen, daß ihren gewerkschaftlichen Organisationen ein italienisches Schicksal erspart bleibt — trotz ihrer sozialdemokratischen Führer.

Interesse für Eskimos und Pinguin — aber nicht für Sowjetrußland

Eine Funktionärerversammlung des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten in Berlin hatte beschlossen, den Vorstand zu ersuchen, in einer der nächsten Versammlungen von einem Rußland-Delegierten Bericht über seine Reise und Eindrücke im Arbeiterstaate erstatten zu lassen. In einem Zirkular des Vorstandes, der eine solche Berichterstattung verhindern möchte, heißt es:

„Der Vorstand unserer Ortsgruppe hat sich am vorigen Tage erneut mit dem von Ihnen angelegenen Beschlusse befaßt und ist nach reiflichen Erwägungen zu dem Resultat gekommen, daß der Bericht der Arbeiter-Delegation nach Rußland in einer Mitgliebersversammlung des Verbandes nicht entgegenzunehmen ist.“

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten, Ortsgruppe Berlin, steht auf dem Standpunkte, daß Delegationen und Expeditionen in unerforschte Länder, nach Zentral-Asien oder zum Nordpol hinauf, Zweck und Bedeutung haben, weil die dort lebenden Völker und Menschen noch so wenig von der Kultur erfährt sind, daß von ihnen selbst eine oberrichtige Berichterstattung nicht zu erwarten ist. Eine Delegation nach Rußland kann nur dann — nach Auffassung der unterzeichneten Organisation — für die übrigen Arbeiter mehr wertvolle und erprobliche Arbeit leisten, wenn der russischen Arbeiterherrschaft in ihrer Gesamtheit die Möglichkeit und Gelegenheit geboten wird, sich frei und ungehindert von staatlichem Zwange zu äußern.“

Unter dieser Begründung also lehnt der Vorstand des Allgemeinen Verbandes es ab, dem Beschluß der Berliner Funktionäre nachzukommen. Was sagt nun Emonts dazu, daß im „Vorwärts“ vom Sonntag, dem 8. November, ein Artikel über Sowjetrußland von Erik Rarfen erscheint. Erik Rarfen bereiste als Mitglied der Lehrdelegation Sowjetrußland und kann nun sogar durch den „Vorwärts“ zu dessen Leserkreis sprechen.

Wir glauben, Herrn Emonts, daß er größeres Interesse für die Eskimos und Pinguine hat, als für die Lage der Angestellten in Sowjetrußland. Aber den Angestellten selbst geht es eben umgekehrt. Nachdem nun Stämpfer den „Vorwärts“ für Berichte Rußlanddelegierter geöffnet hat, sollten Emonts und Marx nicht päpstlicher sein als der Papst und dafür sorgen, daß der Beschluß der Berliner Funktionäre des Allgemeinen Verbandes endlich in allen Zweigvereinen durchgeführt wird.

Rechts und Links im Kampfe gegen die Dawes-Lasten

Von C. Ludwig.

(Aus „Die Internationale“, 8. Jahrgang, 11. Heft.)

Die Erarbeitung des Entwurfes.

Bei der Kritik der Fehler, die die bisher führende Gruppe Ruth Fischer-Maslow seit dem Frankfurter Parteitag begangen hat, ist es unerlässlich, auch die Einstellung dieser Gruppe zum Kampfe gegen die Daweslasten, ihre Einstellung zur Steuerfrage nachzusehen. Dies um so mehr, als die Genossen Schöler und Rosenbergs in ihrem Auftrage zur Wiederherstellung der „alten Linken“, die nur ein neuer Name für die alten Ultralinken ist, schon in dieser Kritik das Auftreten „rechter Gefahren“ erblickten.

Bei der durch die Gruppe Ruth Fischer-Maslow geförderten Versammlung aller Parteidiskussionen, die notwendige Begleiterscheinung der im Briefe des Cliff mit Recht getadelten Maßlosigkeit und Überdeklaration dieser Führergruppe, wurde die Stellungnahme im Streit um die Daweslasten fast zum einzigen Merkmal, die „Rechte“ von der „Linken“ in der Partei zu scheiden. Jene, die für die Lastenabwälzung eintraten, wurden als Rechte verfehmt; ein bequemes Mittel, jede Diskussion über die Forderungen zu unterdrücken.

Jetzt, nachdem der Brief der Exekutive den Raum für die Diskussion freigegeben hat, ist es nötig, das Problem noch einmal gründlich vor der Partei zu erörtern. Mühsam kann im Hand der inzwischen gemachten Erfahrungen im parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf gegen die Steuern geprüft und den Parteigenossen zum Bewußtsein gebracht werden, ob die von jener Führergruppe und den Ultralinken im letzten Jahr eingenommene Haltung richtig gewesen ist; ob sie die Partei mit den Massen der Werktätigen, mit den sozialdemokratischen Arbeitern enger verbunden oder von ihnen entfernt und zu der im Briefe der Exekutive festgestellten Isolierung der Partei von den Massen beigetragen hat; wo also die eigenen Abweichungen in Wahrheit sich gezeigt haben. Der Offene Brief schließt, neben der Anerkennung und dem Begreifen der Kritik der Exekutive an der Politik der Führergruppe Maslow-Ruth Fischer, nicht eigene parteigenössische Kritik aus, sondern fordert sie. Denn nur wenn eigene Kritik, Selbstverständigung der Partei über die gemachten Fehler zu der Kritik der Exekutive hinzutritt, kann sie Gemeingut der Partei werden und das erreichen, was das Ziel des Briefes der Exekutive und des Parteidiskussion ist: das Herausarbeiten einer wirklich bolschewistischen deutschen kommunistischen Partei.

„Rechts oder links im Kampfe gegen die Daweslasten“, ein Schlagwort, das allzulang die Partei vor der Abkehr von einer ihrer wichtigsten Aufgaben ferngehalten, das den Wortradikalismus an die Stelle wirklicher Aktivität gesetzt und die oppositionelle Kritik von Links an der angeblich linken Führergruppe Ruth Fischer-Maslow, an ihren rechten Abweichungen ersticht hat.

Dawespakt und Steuerforderungen.

Einige in die Diskussion immer wieder hineingetragene Mißverständnisse müssen gleich zu Anfang ausgeräumt werden. Spricht man über die Lastenabwälzung, so hört man immer wieder den Einwand: „Die Rechten“ wollten damit den Kampf gegen den Dawespakt abschwächen, ihn sozialdemokratisch führen; der Kampf gegen die Daweslasten bedeute die Anerkennung des Dawespaktes. Noch auf der Reichskonferenz der Redaktionsleiter und Sekretäre hat der Genosse Dengel seine Polemik gegen den Genossen Meyer auf diesen Einwand gegründet und auch die Genossen Schöler und Rosenbergs in ihrer ultralinken Plattform stützen sich auf diesen billigen Einwand.

Demgegenüber ist festzustellen, daß niemand in der Partei — am wenigsten die, die schon vor dem Halleischen Parteitag in der SPD die Ablehnung des Versailles Friedens proklamiert haben — den Kampf gegen den Dawespakt abgelehnt hat oder ablehnt. Grundsatz ist und bleibt in der Partei die Ablehnung des Dawespaktes.

Den Kampf um die Abwälzung der Lasten aus dem Dawespakt proklamieren heißt nicht, den Dawespakt anerkennen. Im Gegenteil: die Lösung der Abwälzung der Daweslasten ist nur möglich auf der Grundlage der prinzipiellen Bekämpfung des Paktes selbst. Darin liegt eben der von der Gruppe Ruth Fischer-Maslow und den Ultralinken Wortführern nicht begriffene tiefe Unterschied der kommunistischen Politik von der sozialdemokratischen. Diese nimmt den Dawespakt an, hat seine Annahme und die Durchführung zu ihrem, dem sozialdemokratischen Programm gemacht und ist darum statt zur Abwälzung der Lasten zur Forderung der sozial gerechten Lastenverteilung gekommen. Das alles steht im schroffen Gegensatz zur kommunistischen Politik. Die Gruppen Ruth Fischer-Maslow und Schöler-Rosenbergs haben diesen Unterschied bis heute noch nicht erkannt. Deshalb haben sie die Forderung des Kampfes um die Lasten als reformistisch abgelehnt, haben sie die günstige Gelegenheit zur Durchführung der Einheitsfrontpolitik im Kampf gegen den Dawespakt veräußert, haben sie es nicht verstanden, Teilforderungen und Ziele für die Massen verständlich und sie ergreifend zu verbinden.

Die Partei hat im Kampfe gegen die Annahme des Dawespaktes ein Arbeitergutachten mit dem Ziel der Schärferklärung entgegengesetzt. Das ist richtig gewesen. Aber auch diese richtige Politik hat trotz aller Propaganda nicht die Massen gewakt, weil im Augenblick der Annahme des Paktes sich eine Kluft zwischen der Verwirklichung dieses Arbeitergutachtens in der Zukunft und der Abwendung der Folgen des angenommenen Paktes in der Gegenwart sich auftrat. Die führende Gruppe, indem sie nach der Annahme des Dawespaktes gegen die Forderung der Abwälzung der Lasten die Aufstellung eines sogenannten „positiven Steuerprogramms“ wählte, ignorierte die keine politische Tatsache, daß der Pakt Tatsache geworden war und damit seine Steuer- und Lastenverteilung vor der Verwirklichung standen. Sie hielt Gutachten in der Zukunft und der Abwendung der Folgen Gegenwart der Daweslasten den Kopf in den Sand. Jedes Ausprechen einer Gegenwartsforderung zum Kampfe gegen die Lasten des angenommenen Dawespaktes wurde als „Branderei“ benannt. Der Erfolg war, daß das Arbeitergutachten längere von der eigenen Partei vergessen war, als es am lebendigsten hätte sein müssen: als nämlich unter dem Druck der Ereignisse, viel zu spät, die Gruppe Ruth Fischer-Maslow zu dem Steuer- und Zollfragen schließlich doch positive Stellung nehmen mußte. Da hat man über den Steuerforderungen im Parlament die Annäherung an die Zielsetzung des Arbeitergutachtens übersehen wie man aus dem gleichen Grunde den Beschluß an die Massen veräußert hat.

Steuerforderungen und Programme.

Aber haben nicht jene Genossen, die seit der Annahme des Dawes-Paktes den Kampf zur Abwälzung der Dawes-

Salten gefordert haben, dieses sogenannte „politische Steuerprogramm“ zum Mittelpunkt des kommunistischen Programms machen wollen? Dieser andere Einwand, der immer noch aufrecht steht, scheint mir willfährig zu sein. Mittelpunkt des Programms der Kommunisten ist die Verwirklichung der Ziele der Kommunisten: Diktatur des Proletariats und Verwirklichung der Produktionsmittel. Zur Erreichung dieses Mittelpunktes ist es der Mittel. Eines, und nur eines dieser Mittel ist — als es um die Verwirklichung des Dames-Paktes ging — die geordnete Kostenabwälzung gewesen, weil im Dames-Pakt, neben anderen, die Steuerregulierung als Teil der Vorkaufbrüder eine wichtige Rolle spielt. Daneben gibt es all die vielen Mittel und Lösungen des politischen Kampfes, die sich nicht erschöpfen lassen, weil sie sich nach der politischen Lage bestimmen. Im Mittelpunkt der politischen Lage aber stand damals die Durchführung des Dames-Paktes, inwieweit, nachdem er international und als deutliches Geleis verfestigt worden war. Die Verwirklichung des Dames-Paktes wiederum als die Regelung der Reparationszahlungen erforderte nach seinem Wortlaut und Sinn Steuern über Steuern gegen die Werkstätten. Das alles hatten wir vor der Annahme des Dames-Paktes gegen die Weimarer Koalition mit Marx an der Spitze gesagt. Wir wiederholten es gegen die Bürgerblockregierung mit Luther. Aber die Führergruppe Ruth Fischer-Maslow zog nicht die praktischen politischen Konsequenzen der Ausarbeitung von Steuerregulierungen gegen die Dames-Steuern, obwohl die Veränderung der Dames-Steuern die Verhinderung der Durchführung des Dames-Paktes, also den Kampf gegen ihn nach der Annahme bedeutet hätte. Sie hätte zusammen mit dem Kampf gegen die Dames-Steuern die Massen für das Arbeitergut mobilisiert.

Die Exekutive hatte durchaus recht, als sie im letzten Jahr wiederholt für den Kampf um die Kostenabwälzung eintraten ist. Wenn sie dabei erklärt hat, daß ein Steuerprogramm nicht im Mittelpunkt des kommunistischen Programms stehen hat, so hat sie nur damit eine schon von Karl Marx formulierten, für jeden Kommunisten selbstverständliche These ausgesprochen. Die politische Stellungnahme der Exekutive zu den Steuerfragen schon vor dem Offenen Brief war nur eine der vielen Mahnungen an die Gruppe Ruth Fischer-Maslow, konkrete Einheitsfrontpolitik zu machen. Ruth Fischer-Maslow haben nur das Negative in der Erklärung der Exekutive gesehen und mit dem Kind das Bad ausgeschüttelt. Sie haben, wie auf fast allen anderen Gebieten der kommunistischen Politik, auch in der Steuerfrage vor den Ultralinken Scholent-Rosenberg kapituliert.

*) Das ultralinke Scheinradikalismus und Liquidatorischer Reformismus alle feierlich wohnen, zeigt das in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ am 20. Oktober veröffentlichte ultralinke Aktionsprogramm, verfaßt von den Genossen Bogt und Weber heißt da unter Nr. 4:

Radikaler Abbau aller das Proletariat belastenden direkten und indirekten Steuern. Durch Aufhebung der U-

better in den Betrieben und Gewerkschaften auf Parlament und Regierung.“ Aus Furcht vor der „rechten“ Parole der Kostenabwälzung, aus Furcht vor einem „politischen Steuerprogramm“ geraten die Vertreter des ultralinken Aktionsprogramms und verheißens in die engste Gemeinshaft mit der „sozial gerechten Verteilung“ der Sozialdemokraten. Abbau der Steuern, auch wenn er noch so radikal sich gebärde, unterscheidet sich von der Verteilung der Steuern zwischen Bourgeoisie und Proletariat nur dadurch, daß er einen um 10 oder 15 Prozent höhere Steueranteil auf die Bourgeoisie „abbauen“ will. Diese Verteilung vermischt im Gegensatz zur Kostenabwälzung den Unterschied zwischen grundsätzlich kommunistischer und reformistischer sozialdemokratischer Politik. (Schluß folgt.)

Schlesische Rundschau

Kunnersdorf. (Einbruch.) Ein dreifacher Einbruch wurde Dienstag Abend beim Kaufmann Starke verübt. Abends gegen 8 Uhr, als der Laden voller Menschen war, drangen Diebe in einen dicht daneben liegenden Vorratsraum und raubten dort Schnittwaren im Werte von 400 Mark. Sie hatten sich auch durch das Brennen eines Lichtes nicht stören lassen. Der noch in derselben Nacht angelegte Volksbund erfolgte wohl eine Spur, es ließ sich aber nichts Bestimmtes feststellen.

Woißdorf. Unglücksfall. Hier verunglückte auf dem Weg zwischen Woißdorf und Konradsdorf eine Frau aus Woißdorf mit dem Rad, die in einen Wasserfang an einer bergigen Stelle mit solcher Gewalt hineinfuhr, daß das Vorderrad geriet. Die Frau fiel so unglücklich auf das Gesicht, daß sie Blutüberströmt liegen blieb.

Waldenburg. (Dottel Daniel) Vor einigen Tagen befragten wir über das Verbleiben eines großen Quantums Sprengstoff. Nun wird mitgeteilt, daß der größte Teil des gestohlenen Sprengstoffes aufgefunden ist. Der Täter steht noch nicht fest. — **Katzenja!** Die Welt ist gerecht! Es wäre auch zu wünschen gewesen, hätten die Kommunisten den Sprengstoff zweckentsprechend verwendet!

Freiburg. (So ein Bock.) Einbrecherhebel hatten zu Beginn der Woche die Drahter einer kleinen bürgerlichen Zeitung. Der Einbrecher heug die Unvorsichtigkeit, Briefkasten und Gefangenenkassettenschlüssel zurückgelassen zu haben. Da auf diese Weise sein Name bekannt wurde, war es nicht schwer, ihn zu ermitteln. Er handelt sich um den Arbeiter Paul Gohlisch aus Konradsdorf, der nach Verurteilung einer siebenmonatigen Gefängnisstrafe entlassen worden war.

Schweidnitz. (Folgen der Hypnotisiererei.) In einem kleinen Lokal rühmte sich ein Ort mit seinen Fähigkeiten auf der Gebiete der Hypnotisiererei und rekrutierte einen anderen, sich hypnotisieren zu lassen. Dies geschah auch. Inzwischen sprach der Hypnotiseur alka reichlich den Alkohol an, so daß es ihm nicht mehr gelang, den Hypnotisierten zu wecken. Als der Hypnotisierte auch am anderen Tage noch in dem Zustande war, wurde es

ndig, ihn nach Breslau zu transportieren. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, den Patienten aus dem Dämmerzustand zu erwecken.

Fallenberg. (Schornsteineinsturz.) In Gelsenkirchen wird ein Schornstein gebaut, der bereits zu einer Höhe von 4 Metern gediehen ist. Wöhlich schlug eine Ladung Ziegeln gegen das frühe Mauerwerk des Schornsteins, der auseinanderbrach und in die Tiefe stürzte. Ein Maurer hing lange Zeit über das Gerüst hinaus und drohte jeden Augenblick abzufallen. Mit übermenschlicher Kraftanstrengung wurde er von einem Kollegen, der ihn am Fuße festhielt, gerettet. Am Fuße des Schornsteins wurden drei andere Arbeiter von den herunterfallenden Ziegeln in den Schutt gefasst und niedergedrückt. Einem von ihnen wurde die Schädeldecke direkt abgeflattert. Er liegt im Krankenhaus hoffnungslos daneben. Die beiden anderen Arbeiter erlitten ebenfalls schwere Verletzungen.

Oltragan. (Beim Spiel ertrunken.) Eine gefährliche Stiege zum Spiel erlab sich die zwölf Jahre alte Schülerin Maria Laqu a von hier aus. Sie setzte sich schaufelnd auf ein Drahtgitter, das als Schutz vor dem Mühlgraben gezogen ist, verlor das Gleichgewicht und stürzte in das Wasser, dessen Strömung das Kind forttrug.

Waldenburg. (Ein weiteres Unglück.) Als der Bergbau-Biaschapl aus Matoschau auf Delbrück liegend eine schwere Arbeit ausführte, löste sich ein dem Unglücklichen das Genick brach. Er war auf der Stelle tot.

Beuthen. (Es bleibt dabei.) Das Reichsgericht hat die Revision des Mordurteils Ehepaars und des Dieners Gawe, die vom Schwurgericht Beuthen wegen Mordes zum Tode verurteilt wurden, verworfen.

Kattowitz. (Opfer des Hungerts.) Bei der Antonienhütte befand sich ein offenes Kohlenloch, das von Arbeitern nach Schließen durchsucht wurde. Diese hatten einen 20 Meter langen Stollen gegraben. Als Donnerstag sechs Personen im Stollen arbeiteten, stürzte das Gestein zusammen. Zwei Arbeiter wurden erschlagen, während die übrigen mit dem Schrecken davonkamen. Auch diese Stollen kommen auf das Konto des immer stärker werdenden Glucks.

Verantwortlich für den gesamten Text: Kurt Erbe, Breslau für die Inserate: Arthur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Bergbau-Gesellschaft, G. m. b. H., Breslau. — Druck: Deuba-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telephon Ring 2545

Wagner
Blut.
Mittwoch (Bastag), 8 Uhr:
Gastspiel des Stadt-Theaters
In neuer Vorbereitung
Der Evangelimann.
Sonnabend, d. 21. Nov.
8 Uhr
Gastspiel Elli Leux
Anf. von Walter Jankuhn
In neuer Ausstattung
Zum ersten Male
Der Orlow

Lieblich-Theater
Telephon Ring 1646

Montag November
8 Uhr
Zum 1. Male
in Europa!
Adrian Singels
10 Elefanten
Brüder Rigoletto
Schwestern Swanlon
in ihrer
amerikanischen Schau
Barbette
Das Wunder am
Drahtseil und Trapez
Alex Slawer
Der lässliche Komiker
Elli und Käb Bitter
Prima-Ballerinen
vom Palace-Theater
New-York
Karl Edler
Der rätselhafte Redner
Andrea und Theo
Exzentrisch-akrobat.
Canzoutheit
Arthur Klein
-Familie
„Das explodierende
Motorrad“
Will Cunn
Komischer Jongleur
Werner
Amoros-Gomp.
Ein phantastischer
Studentenkult

Lobetheater

„Das Apostelstück“
und „Zartüm“
Montag, 16. 11., 8 Uhr

„Das Apostelstück“
und „Zartüm“
Dienstag, 17. 11., 8 Uhr

„Don Carlos, Infant
von Spanien“
Mittwoch, 18. 11., 8 Uhr

„Don Carlos, Infant
von Spanien“
Donnerstag, 19. 11., 8 Uhr

„Don Carlos, Infant
von Spanien“
Freitag, 20. 11., 8 Uhr

„Zum 1. Male
Die grüne Flöte“
Sonnabend, 21. 11., 8 Uhr

„Der Kreidestrich“
Sonnabend, 22. 11., 8 Uhr

„Die grüne Flöte“
Sonntag, 22. 11., 8 Uhr

„Die grüne Flöte“
Montag, 23. 11., 8 Uhr

Challiatheater

„Der Dampfmäher“
Montag, 16. 11., 8 Uhr

„Der Dampfmäher“
Dienstag, 17. 11., 8 Uhr

„Der Dampfmäher“
Mittwoch, 18. 11., 8 Uhr

„Der Dampfmäher“
Donnerstag, 19. 11., 8 Uhr

„Der Dampfmäher“
Freitag, 20. 11., 8 Uhr

„Der Dampfmäher“
Sonnabend, 21. 11., 8 Uhr

„Der Dampfmäher“
Sonntag, 22. 11., 8 Uhr

„Der Dampfmäher“
Montag, 23. 11., 8 Uhr

Bekannt gut und billig
kaufen Sie
alle Bekleidungsgegenstände,
Herren-, Damen-, Kinderwäsche
im Sortimentslager
Hermann Weinberg
Gottesberg.

Der gute Roman für proletarische Leser
Ein Arbeitermädchen
Der Roman einer Mission
Von Otto Müller Glöck

Sie weiblichen Schicksal einer jungen Arbeiterin, die mit ihrem politischen Bewusstsein verbunden ist, wird in diesem Roman dargestellt. Sie hat einen großen Willen, sich zu erheben, aber sie hat auch einen großen Schmerz. Sie will die Arbeiterklasse erheben, aber sie hat auch einen großen Schmerz. Sie will die Arbeiterklasse erheben, aber sie hat auch einen großen Schmerz.

Sie hat eine große Liebe, aber sie hat auch einen großen Schmerz. Sie hat eine große Liebe, aber sie hat auch einen großen Schmerz. Sie hat eine große Liebe, aber sie hat auch einen großen Schmerz.

Kalmarer Verlag, Rammheim a. Main

Weiterfelle Schuhe u. Stiefel
Filzschuhe in riesiger Auswahl
finden Sie preiswert im
Schuhhaus Adelt
Gottesberg
Fürstensteiner Strasse Nr. 3

Alle Vorteile
beim
baldigen Einkauf
bietet Ihnen die
Reichenbacher
Webwaren
Dunkle Burgstraße 2

Damen-Mäntel
Kinder-Mäntel
Damen-Kleider
Kinder-Kleider
Röcke, Blusen
Klub-Westen
Winter-Joppen
Teilzahlung
gestattet

Die
allerbilligsten
Anzüge, Wäster
und Paletots
kaufen Sie immer
noch aus erster
Hand
im Herren-
Bekleidungs-
Haus
Nikolaistr. 48
S. Partegle

Gebr. Adler
Likörfabrik
Breslau, Sadowastr. 38
Fenster
Jamaika-Rum-
Verschleiß
lose vom Faß per Liter 3 Mk.
Verkaufsstellen:
Sadowastr. 38, Taschenstr. 16/17,
Königstr. 11, Antonienstr. 29,
Friedrich-Wilhelmsstr. 27,
Schleierdestr. 37, Matthiasstr. 60,
Bohrer Str. 5, Sternstr. 5,
Brockau, Bahnhofstr. 5,
Adlerstr. 10

Weiteste Verbreitung
muß durch Hauskolportage
finden
Der Knüppel
Preis pro Exemplar 20 Pf.

Arbeiter-
Illustrierte Zeitung
Preis pro Exemplar 20 Pf.

Propaganda-Nummern für planmäßige Arbeit zur Ab-
nennengewinnung stehen gratis zur Verfügung.
Literatur-Obleute wenden sich sofort an die
Proletarische Literaturvertriebsstelle Schlesien
Breslau 10, Trebnitzer Straße 5)

Albert Mosler
Landeshut, Schl.
Moderne Schneidereiartikel
Webwaren, Wollwaren

Du schäddest der Bewegung
wenn Du einen
Geschäftsmann unterstützt,
der nicht in
Deiner Zeitung
inseriert!

Locales

2 Millionen Marken à 50 Pfg. auf die Partei umsetzen. Das kann nur erreicht werden, wenn alle Parteiorgane, alle Mitglieder die größten Anstrengungen machen, wenn mit der Sammlung sofort begonnen wird

Winters Anzug

Nach einer kurzen Anmeldung im Oktober mit darauffolgender vierwöchentlicher Pause scheint der Winter doch Ernst zu machen. Nicht bloß im Riesengebiet, auch im Flachland Schlesiens tanzen die lustigen Schneeflöden.

Lustig ist solch Schneefall allerdings nur für die sorglosen Kinder, denen er heilige Schlittensfahrten und Schneeballschlachten verheißt. Und für diejenigen glücklichen Zeitgenossen, die vom Fenster ihrer behaglichen Fünfstückerwohnung aus das Flodengeräusch mit der Ruhe betrachten, die ein mit Holz, Kohlen und Kartoffeln vollgeproppter Kessel, wohl assortierte Spieltische und ein leuchtendes Badewasser bewirkt. Gewiß: „Nihilum magis non gladius“ beruhigt doch.

In den Familien des schaffenden Volkes dagegen steht man Frost und Schnee mit sehr gemischten Gefühlen entgegen. Die täglichen Nahrungstationen müssen noch mehr gestreckt werden, um die gefräßigen Defen zu befriedigen. Das laputige Schühwerk muß nun doch endlich zum Schuster oder gar erneuert werden. Minusleistungen von diesen und jenen Kleidungsstücken sind nicht zu umgehen, denn Mutterns bewährte Filzdeckmit versagt schließlich doch einmal gegenüber den vom vielen Wenden, Bürsten und Bägeln müde gewordenen Fäden. Auch die verängstigten Gasrechnungen hauchen arg ins Kontor.

Aber die Löhne steigen nicht, obwohl alles viel teurer geworden ist. Für Laufende von Bauarbeitern und anderen auf die Mitterung angewiesenen Arbeitern bedeutet Frost und Schnee Arbeitslosigkeit und Hunger. Noch gramvoller als sonst steht man die kleinen Proletarierfrauen jetzt die Marktstände durchwandern.

Für jene aber, die von fremder Hände Arbeit leben, bedeutet der Winter nur eine „Saison“ mit Ballen, Berggängen, Festessen und Sportreisen ohne Unterbrechung. Nach Abschluß derselben hat man in der Regel Nerven, Magen und noch sonst was so strapaziert, daß man ins Bad zur Erholung muß.

Zunahme der Arbeitslosigkeit in Breslau

Der öffentliche Arbeitsnachweis gibt folgenden Bericht für Oktober heraus:

Im Vergleich zum Vormonat hat sich die Arbeitsmarktlage etwas verbessert. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist von 19 982 auf 21 111 gestiegen. Auf 100 offene Stellen kamen 297 (282) Arbeitsuchende. Am Schluß des Monats waren noch 11 495 Arbeitsuchende und 640 offene Stellen dem Arbeitsnachweis verfügbar. Bei den männlichen Berufsgruppen wurden 83 v. H. von 4064, bei den weiblichen 75 v. H. von 2303 gemeldeten offenen Stellen besetzt. Zu 100 offene Stellen kamen in der Bauwirtschaft 54 (56), in der chemischen Industrie 180 (191), in der Lederindustrie 1245 (682), im Holzgewerbe 455 (302), im Nahrungsgewerbe und Genussmittelgewerbe 490 (448), im Bekleidungs- gewerbe 291 (231), im Baugewerbe — ohne Hilfsarbeiter — 460 (223) und in Dienstleistungsgewerbe 215 (189), in der Gast- und Schankwirtschaft 143 (143), in der Bergbauindustrie 349 (631), bei der Wohnarbeit einschließlich der Bauhilfsarbeiter — 352 (349), und bei den Angestelltenberufen 939 (1010) Arbeitsuchende. Von 338 Kriegsverwundeten konnten 49 vermittelt werden. Bei dem Arbeitsnachweis für die Metallindustrie wurden im Oktober 4010 (4739), bei dem Arbeitsnachweis Breslau-Land 995 (1034) Arbeitsuchende gezählt. Diese Zahlen sind in obigem Bericht nicht enthalten.

Die „Proletarische Bühne“ bringt am kommenden Mittwoch (Wuhtag) im Lokal „Oberbanern“, Gartenstraße, zugunsten der Kinderhilfe des Bundes der Freunde der F.V.D., Ortsgruppe Breslau, ein reichhaltiges, internationales Programm. Die Veranstaltung beginnt abends 7 Uhr. Sie wird ausgeführt von erstklassigen Berufsartisten. Leiter und Anführer: Rezitator Georg Schlen. Die behördliche Genehmigung für diese Veranstaltung ist erteilt. Wir sind überzeugt, daß die „Proletarische Bühne“ am Mittwoch einen guten Besuch zu erwarten hat. Die Eintrittspreise sind niedrig, 50 Pf. und 80 Pf. für nummerierte Plätze. Die Preise für Speisen und Getränke sind herabgesetzt. Näheres im Inserat morgen.

Die überzählige weibliche Bevölkerung Schlesiens

Bestimmlich überwiegt fast immer die weibliche die männliche Bevölkerung; durch den Krieg ist der Ueberschuß noch vergrößert. Nirgends aber ist wohl der Unterschied so groß wie in Schlesien, war doch die Ueberzahl der weiblichen Bevölkerung schon vor dem Kriege höher als jetzt im übrigen Deutschland. Auf 100 männliche kommen in ganz Schlesien nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung 1925 fast 112 weibliche Bewohner, im übrigen Preußen noch nicht 106, im ganzen Reich nicht ganz 108. Die Zahl für Schlesien kommt aber auch noch aus recht abweichenden einzelnen Ergebnissen für die Regierungsbezirke zusammen. So weist auf 100 männliche Einwohner der Regierungsbezirk Breslau 114 weibliche Einwohner, der Regierungsbezirk Gloggnitz fast 111, die Provinz Niederschlesien fast 113, dagegen die Provinz Oberschlesien noch nicht 110 weibliche Einwohner auf Selbst letzterer Ueberschuß ist noch höher als sonst im Reich, was aber vor allem die Gesamtzahl so sehr in die Höhe treibt, sind die ganz aus dem Rahmen fallenden Zahlen der Stadt Breslau, deren Bevölkerung betrahe den achten Teil ganz Schlesiens bildet, also sehr stark auf die Gesamtzahl einwirkt. In Breslau (Stadt) leben nämlich 100 männlichen fast 122 weibliche Einwohner gegenüber. Das war übrigens betrahe ebenso vor dem Kriege. Die übrigen Kreise des Regierungsbezirks Breslau haben fast alle einen bedeutend geringeren Frauenüberschuß, Breslau (Stadt) am nächsten kommt Kreis Gabelwerth mit über 120 und Opatowitz mit 119 weiblichen auf 100 männliche Bewohner. Die beiden Stadtkreise, die als einzige im Regierungsbezirk vor dem Kriege einen Ueberschuß hatten, nämlich Opatowitz (mit mehr als 111 männlichen gegenüber 100 weiblichen Bewohnern) und Waldenburg (mit 104 männlichen gegenüber 100

Gmeital, der Bundesvorsitzende der österreichischen Eisenbahner spricht!

Der Vizepräsident der österreichischen Bundesbahnen und Vorsitzende des österreichischen Einheitsbahnerverbandes über die Forderungen der Eisenbahner.

Breslau, 16. November.

Selten wohl hat eine gewerkschaftliche Veranstaltung einen so gewaltigen Besuch aufzuweisen gehabt wie am Freitag die öffentliche Versammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner im Schlegelwerk. Der Vorsitzende des österreichischen Eisenbahnerverbandes und Vizepräsident der österreichischen Bundesbahnen, Lokomotivführer Gmeital, referierte über „Lohn- und Gehaltsbewegungen in Deutschland und in Oesterreich“. Den Hauptinhalt des mehr als zweistündigen Referats bildete die Schilderung der gegenwärtigen Lebensverhältnisse der österreichischen Eisenbahner.

Zuerst gab Kollege Gmeital einen Abriss aus der Geschichte der österreichischen Eisenbahnerbewegung. Die deutsche Reichsregierung hat mit dem Verkauf der Reichsbahn nur ein altes österreichisches Beispiel nachgemacht. Die österreichischen Bundesbahnen wurden nach jedem verlorenen Kriege verkauft. Volksgut haben sie als Zahlung gegeben, weil es immer nobler war, die anderen, den Plebs, zahlen zu lassen.

Bereits 1892 haben die österreichischen Eisenbahner den Kampf auf freigewerkschaftlicher Basis aufgenommen und eine Anerkennung der Organisation erreicht. 1907 haben sich die österreichischen Eisenbahner schon eine Personalvertretung durch passive Resistenz erkämpft, die damals allerdings nur beratend mitwirkte. Im Jahre 1922 bei der Gründung der Bundesbahnen suchte man die Beamteneligenenschaft der Eisenbahner zu beseitigen und einen fast „amüsischen“ Dienstvertrag einzuführen. Wir haben den Herren gesagt: „Wenn dieser Entwurf Gesetz wird, dann gehen die Herren Abgeordneten zu Fuß nach Botarberg.“ Das hat gewirkt.

Oesterreich sei gewiß kein Land, in dem Milch und Honig fließt, aber die Bundesbahner haben dank ihrer Einheitsorganisation das Mögliche erreicht. Die Besoldungsverhältnisse der österreichischen Eisenbahner und Beamten liegen 30 bis 35 Prozent über die der deutschen Kollegen.

Alle Eisenbahner, ob Beamte oder Arbeiter, sind vom zweiten Jahre ab unilidbar. Vom zehnten Jahre ab erhalten die Arbeiter und Beamten im Falle von Krankheit und Invalidität zwei Drittel der Pension. Das Vorbildhafte gegenüber den deutschen Verhältnissen sei, daß die Veranlagungen der österreichischen Bundesbahnen zu jeder, auch der geringsten Maßnahme der Zustimmung der Betriebsvertretung bedarf.

Auf Grund dieses unbeschränkten Mitbestimmungsrechts seien der Personalabbau, die Besoldungsordnung und viele andere Dinge so geregelt worden, daß den Eisenbahnern kein Schaden, wie in Deutschland, erwachsen ist.

Gmeital ging dann auf die deutschen Verhältnisse ein. „Sie haben heute nichts, und selbst das nur unklar. Früher wollten die Beamten nichts mit den Arbeitern gemein haben.“

Weiblichen Bewohnern haben jetzt ebenfalls Frauenüberschuß, und zwar auf 100 männliche Stadtkreis Breg 110, Stadtkreis Waldenburg 103 weibliche Bewohner.

Die Stadterordnetenversammlung hält am Donnerstag, den 19. November, keine Sitzung ab.

„Jetzt würde das von unserer Wählerschaft keinesfalls verstanden werden.“ So lautete der letzte Satz des bekannten Schreibens, in dem der Bezirksvorstand der SPD (Breslau) an einer Bezirksleitung mitteilt, daß er eine Listenverbindung zu den Provinziallandtagswahlen ablehnt, so wie es unsere Partei am 29. Oktober beantragt hatte. Der Brief des SPD-Bezirksvorstandes datiert vom 10. November 1926 und bereits am 11. November 1926 lesen wir in der „Östlicher Volksztg.“, daß die Wählerschaft doch anders denkt, als ihre sozialdemokratischen Führer. Der diesbezügliche Artikel, der als Schreiben über einen Arbeiter aus Weiswasser hat, sei hier wiedergegeben:

Weiswasser, 11. November. Die bürgerliche Einheitsliste. In Nr. 262 der „N. A.“ für Weiswasser wird die bürgerliche Einheitsliste für die Kreisstadtwahlen des Kreises Rothenburg veröffentlicht. Gleichwohl wird in einem nebenstehenden Artikel gewarnt vor Sonderlisten und das Bürgerium im Kreise Rothenburg aufgefordert, nur diese Liste zu wählen. Wir Sozialdemokraten können dem nur zustimmen: es hat gar keinen Zweck, die Stimmen auf Sonderlisten zu zerstreuen, sondern es muß heißen: die Reaktion, die Arbeitereliten. Die Liste zeigt uns ja auch klar und offen, wo der Weg hingehet. Kein einziger Arbeitervertreter ist zu finden, und wenn der kleine Beamte, Herr Lehrer Jentsch (Weiswasser), glaubt, inmitten der Rittergüter- und Fabrikbesitzer die Interessen der Beamten vertreten zu können, so sollte die Vorkriegszeit für ihn eigentlich Lehre genug sein.

Also diesen Zeiten nach wird wahrscheinlich die Ablehnung der Listenverbindung durch den SPD-Bezirksvorstand von der Wählerschaft nicht verstanden werden. Denn klar und deutlich steht in diesen Zeilen die einzige richtige Parole für die Arbeiterschaft: die Reaktion, die Arbeitereliten! Die revolutionären und Klassenbewußten Arbeiter werden diesem Rufe am 29. November folgen und ihre Stimme der einzigen Arbeiterliste geben: der Liste der kommunistischen Partei!

Stegath. (Stürzende SPD-Säulen.) Der Maurerpolier H. U. war Kassierer des Baugewerksbundes Stegath. Bei einer Generalrechnung stellte sich ein Defizit von 301 M. heraus. Er war jetzt wegen Unterschlagung vor dem Amtsgericht angeklagt, wo er angeblich, er sei Inhaber einer zahlreichen Familie und habe aus Not gehandelt. Da er aber schon vorher straflos war, erkannte das Gericht auf zwei Wochen Gefängnis. Im Gegensatz zur SPD, die bei irgendwelchen, lange nicht so schlimmen Vergehen kommunistischer Arbeiter (Moser) eine große Aktion bekannt, begnadigen wir uns mit der Bestrafung dieses Falles.

Stetman. (Auf der Oberseite.) Vorige Woche tenterte ein Kahn, der die Ober von Weuthen herunter fahren wollte. Bei Alts-Fähre geriet der Kahn vor das letzte Fahrzeug eines Schleppzuges und kenterte. Der Schiffer Jandke konnte sich retten, während der Schiffer Galas ertrank.

Sie haben diese glückliche Zeit, wo Sie noch Proletarier sein konnten, verpaßt. Sie sind bereits verheiratet. Die Eisenbahnerbeamten und Arbeiter sind Angehörige einer Reparatursprovinz. Reiter wandte sich gegen den Vertrag und seine Folgen, die auf die Schultern der Eisenbahner abgewälzt werden.

Am Schluß erklärte er: Wir haben von den deutschen Arbeitern ein gelernt und ihre Theorien übernommen. Sie aber haben vergessen, die Theorien in die Praxis umzusetzen. Nun nehmen Sie von uns als wertvollen Exportartikel die österreichische Praxis. Mit österreichischen Eisenbahner haben immer in erster Linie danach getrebt, unsere Rechte zu erweitern. Die Rechte der Kategorien haben wir uns beim verlassenen Zimmer und verhassten Fenster angeeignet. Sie machen es umgekehrt. Ihre Streit- und Kategorie-rechte zerstört die notwendige Einheitsfront der Beamten und Arbeiter. Lassen Sie diesen Kategorienstreit ruhen und schaffen Sie sich im Einheitsverband der Eisenbahner das Instrument zur Erreichung ausreichender Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen.

In der Diskussion versuchte ein Vertreter der G.D. die Ausführungen des Referenten in demagogischer Weise zu entstellen. Einige Beamte, die sich an der Diskussion beteiligten, schilderten die Not der Eisenbahner und betonten die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes der Eisenbahnarbeiter und Beamten. Im Schlußwort fertigte Gmeital den Christlichen mit diesem Hymus ab und verfiel zu, in außerordentlich ruhiger Weise die Eisenbahner davon zu überzeugen, daß der Zweck der Organisation nicht allein die Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern die Ueberwindung der kapitalistischen Produktionsweise sein müsse. Von dieser Erkenntnis sind leider nicht nur Tausende Eisenbahnerkollegen, sondern auch die meisten deutschen Gewerkschaftsführer weit entfernt. Vor einigen Tagen sprach Gmeital in Berlin. Er machte dort seinen deutschen Gewerkschaftskollegen und seinen Genossen von der deutschen Sozialpartei ein wahrheitsgemäßes, wenig angenehmes Kompliment, indem er als einem Artikel „Schluß mit den Streiks“ des „Neuen Wiener Journals“ vom 4. d. Mts. folgende Stelle zitierte:

„... Deutschland hat gewiß eine ganz anders organisierte und gewerkschaftlich geachtete Arbeiterschaft, aber die deutschen Sozialistenführer haben längst gelernt, sich den schweren wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen und den deutschen Arbeitern klar zu machen, daß nur gesteigerte Arbeitstätigkeit und höchste Anspannung in der Entlohnung die Wirtschaft vor dem vollkommenen Zusammenbruch retten kann.“

Es ist begreiflich, daß die SPD-Presse diese Ausführungen Gmeitals totschweigt. Um so mehr haben die Klassenbewußten Eisenbahner alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß die Rede überall in den Kollegenkreisen bekannt wird.

Hir Oberberg. In Wieseenthal wurden zwei Scheunen des Gutsherrn Grundmann durch Feuer vernichtet. Innerhalb von fünf Jahren brach in dem Ort zum dritten Male Feuer aus.

Schreiberhan I. A. Brutal ausgebeutet werden die bei dem Bau der Bobbahn auf der Jadedalstraße beschäftigten Arbeiter. Für ein sehr schlechtes Essen mußten diese 90 Pfg. und für „Blümchen-Kaffee“ 30 Pfg. zahlen. Vorgertern haben 15 Mann die Arbeit niedergelegt.

Wünselburg. (Schwere Vergiftung.) Unter den Anzeichen einer bedenklichen Vergiftung erkrankten sämtliche fünf Mitglieder der Familie Dressel in Ober-Rathen, nachdem sie kurz zuvor gemeinsam von einem auf der Wurst gebackenen Fleisch. Die Ermittlungen ergaben, daß sich in der Wurst Paratyphusbazillen befanden haben.

Parteiveranstaltungen

Breslau. Bezirk Ost. Dienstag, den 17. November, abends 7 1/2 Uhr. bei Franke, Funktionärsführung. Stegath. Donnerstag, den 19., abends 8 Uhr, im „Reichsbader“, Mitgliederversammlung.

Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau. Montag abends 8 Uhr im „Roten Adlon“ Mitgliederversamml.

Jung-Spartakus-Bund

Breslau. Alle Kinder des Bezirks Ost treffen sich heute, nachmittags 5 Uhr, bei Franke, Zauerlenstraße 173.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau. Bez. Ost. Montag 7 Uhr in „Strunwald“, Bohrauerstraße 441 ansetzen. Sammelstellen mitbringen. Bez. Zentrum. Montag 7 1/2 Uhr Versammlung in „Turmhof“, Neue Zauerlenstraße. Bez. Nord. Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, bei Matthei, Adlerstraße 7, Mitgliederversammlung.

Stegath. Dienstag, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung.

Versammlungsanzeigen

Breslau. Montag Punkt 8 Uhr im Restaurant „Zum Besten“, Waldstraße 10, Mitgliederversammlung. 23. Mittwoch, den 18., Punkt 10 1/2 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes.

Wöchentliche Beilage für die Org.-Arbeit im Bezirk Schlesien

Wie wird umgebaut

Zu diesem Artikel in der letzten Beilage „Die Partei“ (Nr. 10) erhalten wir von der **Org.-Abteilung des ZK.** folgenden Brief:

Der Leitartikel in der Organisationsbeilage: „Die Partei“ Nr. 10 enthält eine Reihe von Irrtümern und Ungenauigkeiten, die geeignet sind, der Organisation den größten Schaden zu bereiten. Für die Umstellung der Gesamtpartei liegen klare Richtlinien vor, in der kleinen Broschüre „Umbau“ und in der Organisationsresolution der Reichsparteikonferenz. An diese Richtlinien muß sich jede Leitung unbedingt halten.

Die zahlreichen Punkte, die in dem Leitartikel „Wie wird es zum 30. November umgebaut?“ hiervon abweichen, müssen folgendermaßen korrigiert werden.

Sobald drei Genossen in einem Betriebe sind, wird die Betriebszelle gegründet.

Wo nur ein oder zwei Genossen in einem Betriebe arbeiten, werden sie der nächsten größten Betriebszelle angegeschlossen, versuchen aber auf jeden Fall durch Werbung eines dritten Genossen zur Gründung einer eigenen Zelle überzugehen.

Wo in dem Gebiet einige Betriebe zusammenliegen, in denen nur einzelne Genossen beschäftigt sind, werden diese in einer Zelle zusammengefaßt. Die Hauptaufgabe dieser Genossen ist es, durch Werbung neuer Parteimitglieder ebenfalls zur Bildung eigener Zellen überzugehen. Bei der Einplanung der Stadtorganisation ist darauf Rücksicht zu nehmen, die die Betriebe gelagert sind. Man kann aber nicht schematisch die Organisation nach der Lage der Betriebe einteilen. Wo z. B. in einem Stadtteil keine Betriebe vorhanden sind, muß unbedingt eine Straßenzelle gebildet werden.

Es ist unrichtig, daß alle im Bezirk einer Betriebszelle wohnenden und nicht im Betriebe beschäftigten Genossen der Betriebszelle angegliedert werden müssen. In der Organisationskonferenz der Reichsparteikonferenz heißt es: „In der Stadtorganisation sind auf Grund der durchgeführten Reorganisation alle im Betriebe beschäftigten Parteimitglieder (in der Regel auch die Erwerblosen) in Betriebszellen, alle nicht im Betriebe beschäftigten Parteimitglieder in Straßenzellen zu erfassen. Nur wo es nützlich und zweckmäßig ist, sollen nicht im Betriebe beschäftigte Parteimitglieder in beschränkter Zahl in Betriebszellen angegliedert werden.“

Die Ortsleitung wird gewählt in kleinen Organisationen in der örtlichen Mitgliederversammlung. In den Mittelstädten in der Konferenz der Delegierten der Betriebs- und Straßenzellen. In Großstädten in der Delegiertenkonferenz, die in den Arbeitergruppenversammlungen gewählt worden ist.

Die zentralen Richtlinien besagen, daß in jeder Leitung die Genossen aus Betriebszellen die Majorität haben müssen. Wo natürlich absolut keine Betriebe vorhanden sind, bestehen nur Straßenzellen und kann die Leitung nur von diesen gewählt werden.

Die Bestimmung, daß in Orten mit nur einem Betrieb die betreffende Betriebszellenleitung gleichzeitig die Ortsleitung ist, ist natürlich falsch.

Die Ortsleitung wird in der Mitgliederversammlung bzw. Delegiertenversammlung aller Zellen gewählt. Was würde sonst geschehen, wenn eines Tages die betreffende Betriebszelle auf Grund einer wirtschaftlichen Krise, Entlassung der Genossen usw. nicht mehr bestände. Wir ersuchen die Genossen, sich strikte an die zentralen Richtlinien zu halten, weil diese die praktischen Erfahrungen in der Reorganisationsarbeit im ganzen Reiche wiedergeben. Es ist also Sache aller Leitungen:

1. sich klar über die zu treffenden Maßnahmen zu werden;
2. die zu treffenden Schritte mit den Genossen der Betriebszelle zu sprechen, bevor sie veröffentlicht werden.

Mit kommunistischem Gruß!

Org.-Abteilung des Zentralkomitees.

*

Wir haben zu diesem Brief folgendes zu bemerken:

1. Die besonderen Verhältnisse im Bezirk Schlesien, die z. B. in Lagenbielau, in Waldenburg, in Ludesmit und in einer Reihe anderer Orte ganz eigenartig gelagert sind, können von den ganzen Reiche, veranlassen uns, die Zahl der Genossen auf fünf Genossen, also Minimum, für das Bestehen einer Betriebszelle zu erhöhen.

2. Im Briefe des ZK. wird bei den Zwergzellen (Werkstattzellen) verlangt:

- a) der Anschluß an die nächste größere Betriebszelle,
- b) das Zusammenlegen mehrerer Zwergzellen zu einer Sammelzelle.

Eine dritte Möglichkeit, die im Briefe des ZK. nicht erörtert ist, aber in der Praxis besteht ist die, daß aus technischen Gründen (weite Entfernung usw.) sowohl der Anschluß an die größere Betriebszelle wie das Zusammenlegen mehrerer Zwergzellen zu einer Sammelzelle nicht möglich ist.

In diesem Falle werden die ein oder zwei Genossen der Zwergzelle solange der Straßenzelle, die in der Nähe ihres Betriebes liegt, angeschlossen, bis sie einen dritten Genossen gewonnen haben, dann bilden sie eine eigene Betriebszelle.

3. Die Formulierungen, wonach in einem Stadtteil, wo keine Betriebe vorhanden sind, unbedingt Straßenzellen gebildet werden müssen, muß dahingehend ergänzt werden, daß auch, wenn Betriebe in dem betreffenden Stadtteil vorhanden sind und außerdem in diesem Stadtteil noch Genossen wohnen, die in keinem Betriebe beschäftigt sind, die Bildung der Straßenzelle erfolgen muß.

4. Bei dem Anschluß von Genossen aus der Straßenzelle an die Betriebszelle, wie sie in dem angeführten Zitat aus der Organisationsresolution der Reichsparteikonferenz erörtert wird, ist darauf zu achten, daß durch diesen Anschluß unter keinen Umständen die Mitglieder der Betriebszelle durch die angeschlossenen Mitglieder der Straßenzelle majorisiert werden. Bei der jetzt steigenden Arbeitslosigkeit kann dieser Fall durchaus eintreten. Es muß darauf geachtet werden, daß die Erwerblosen eng mit dem Betrieb verbunden werden. Deshalb empfiehlt es sich, wenn z. B. in der Straßenzelle mehr Erwerblose vorhanden sind, als die zuständige Betriebszelle Mitglieder hat, nur einige erwerblose Genossen aus der Straßenzelle in die Betriebszelle zu entsenden, die die Verbindung zwischen beiden Zellen aufrecht erhalten.

5. Nachdem das ZK. ausdrücklich feststellt, daß die Betriebszellenleitung nicht gleichzeitig die Ortsleitung ist, so

müssen unsere Waldenburger Genossen ihren Plan einer gründlichen Korrektur unterziehen. Dort war aus Zweckmäßigkeitsgründen die alte und jetzt vom ZK. abgelehnte Regelung durchgeführt worden.

6. Stellen wir fest, daß wir mit den Genossen in den Betrieben vorher durchaus über die zu unternehmenden Schritte gesprochen haben und, daß z. B. unsere Waldenburger Freunde unabhängig von uns einen Organisationsplan ausarbeiteten, der in seinen entscheidenden Fällen dieselben Fehler enthielt, wie unsere Umbauanweisungen: „Die Partei“ Nr. 10.

Der Brief des ZK. bewelst, wie eingehend sich alle Genossen mit den Umbaufragen beschäftigen müssen, wenn wir ohne Störung der Organisation den Umbau bis zum Parteitag wirklich durchführen wollen.

Wir bitten daher alle Genossen, die seinerzeit übermittelten beiden Broschüren „Umbau“ und „Reorganisation“ (die Umstellung der Partei auf Betriebszellen) genau durchzuarbeiten und alle in Frage kommenden Genossen und Parteistrukturen auf eventuelle Abweichungen aufmerksam zu machen. Nur, wenn alle Genossen zusammen an dem Umbau arbeiten, dann werden wir diesen reibungslos und ohne Gefahr für die Organisation durchführen können.

Die Straßenzelle

Da, wie der Brief der Org.-Abteilung des ZK. an die Bezirksleitung, der in der gleichen Nummer veröffentlicht wird, beweist, noch immer Unklarheit über die Straßenzelle existiert, eröffnen wir nachstehend den Auszug der Org.-Abteilung des Exekutivkomitees der Komintern zu dieser Frage, in dem das Exki sehr eingehend sich über die Bedeutung der Straßenzellen und ihrer Stellung zur Betriebszelle sowie ihre Stellung im Gesamtorganisationsapparat der Partei äußert.

Parteiarbeit

Im Mittelpunkt der Arbeit steht für diese Woche:

1. Gute Vorbereitung aller Wahlversammlungen, Ausschmückung mit Fahnen, Schildern, Transparenten
2. Lieberprüfung des Resultats der Flugblattpropaganda vom Sonntag, den 13. und Einsetzung einer Werbearbeit für Partei, Presse und Rote Hilfe
3. Vorbereitung der Verbreitung der Wahlwerbenummer unserer Zeitung durch Abhalten von Mitgliederversammlungen gemeinsam mit den Sympathisierenden und den Mitgliedern befreundeter Organisationen am Freitag, den 20. November.

4. Am Sonntag, den 22. 11. Verbreitung der Wahlwerbenummer im ganzen Bezirk.

Wahlarbeit heißt Werbearbeit für Partei und Presse!

Aus dem Brief der Org.-Abteilung des Exki.

In Eurem Brief vom 7. September schreibt Ihr zu dieser Frage ganz richtig:

„Daß die Frage der Straßenzellen uns bei der ideologischen Umstellung der Partei so hinderlich im Wege stand, lag zum Teil daran, daß wir nicht klar genug begriffen, Zehnergruppen und Straßenzellen auseinander zu halten.“

Das, was Ihr für Euch in Anspruch nehmen könnt, gilt natürlich noch mehr für die Parteimitgliedschaft. Wenn die obige Unklarheit in der ideologischen Einstellung heute auch soweit wir aus der Presse feststellen können, im großen und ganzen liquidiert ist, so scheint uns doch die Frage der Straßenzellen überhaupt noch nicht ganz klar zu sein. So lesen wir im Mitteilungsblatt „Der Revolutionär“ des Bezirks Niederrhein (Nr. 8 vom 18. August 1925) in dem dort veröffentlichten Arbeitsplan für August und September:

„Angliederung aller Mitglieder der Zellengruppen, die nicht Mitglied einer Zelle sind, an die bestehenden Zellen und Bildung besonderer Straßenzellen, wo dies nicht möglich ist. (Straßenzelle bleibt Ausnahme).“

In einem Artikel: „Einige praktische Winke zur Betriebszellenarbeit“ in der „Arbeiterzeitung“ Saargebiet (19. September 1925) heißt es:

„Beim Übergang von der alten Wohnorganisation auf die Betriebszelle ist die Straßenzelle unbedingt erforderlich. Sie dient der Zusammenfassung der Parteimitglieder, die in keinem Betrieb beschäftigt sind (Hausfrauen usw.) und die an keine Betriebszelle angegliedert werden können.“

In beiden Fällen ist die Frage der Straßenzellen zu eng behandelt. Nach dem ersten soll die Schaffung von Straßenzellen nur als Ausnahme, nur, wenn die nicht in Betrieben stehenden Mitglieder unmöglich an Betriebszellen angegliedert werden können, gelten; nach dem zweiten ist sie nur während der Übergangszeit als notwendig gedacht, d. h. also, wenn die Organisation auf die Grundlage der Betriebszellen reorganisiert ist (was nach den Parteitagsbeschlüssen bis zum nächsten Parteitag geschehen sein soll) fällt die Straßenzelle weg.

Diese Begrenzung ist unrichtig und kann für das Gelingen unserer Reorganisationspläne sogar schädlich sein. Wir haben heute schon so viel Erfahrung, daß wir auch nach der Vollendung der Reorganisation doch einen bestimmten Teil der Parteimitglieder, schon um die Betriebszellen nicht in ihrer innerlichen Entwicklung zu hemmen, sogar für eine längere Zeit nicht an die Betriebszellen angliedern können. Andererseits wissen wir auch schon, daß es manche Aufgaben gibt, die wir oft nur ungenügend oder unter erschwerten Umständen von den Betriebszellen erledigen lassen können. Einerseits, weil sie genug mit der Erledigung der Aufgaben in ihren eigentlichen Wirkungskreis, im Betrieb, zu tun haben oder weil sie noch nicht kräftig genug sind, andererseits auch, weil sie das Terrain, in dem einige Aufgaben außerhalb des Betriebes zu erledigen sind, nicht genügend kennen. Für die Erledigung dieser Aufgaben werden die Straßenzellen (die Zusammenfassung der nicht im Betrieb stehenden Parteimitglieder), wenn auch gemeinsam mit den Betriebszellen, bessere Vorbedingungen haben. Daraus ergibt sich, daß die Straßenzellen in den meisten Fällen (es gibt natürlich auch Orte

wo keine Straßenzelle notwendig ist) weder ein Notbehalt, noch eine Übergangsform im eigentlichen Sinne, sind, sondern, weil sie bestimmte Aufgaben haben, auch ihre Existenzberechtigung nicht nur für eine kurze Zeit des Übergangs, sondern bis auf weiteres für eine längere Zeit besitzen.

Es kommt noch ein ernstes Argument hinzu. Wie Im selbst sagt, ergab bisher die Reorganisationsarbeit zum Teil nur deshalb so ungenügende Ergebnisse, weil die Frage der Straßenzellen falsch verstanden und auch weil ihre Schaffung nicht gestattet wurde. Und das muß uns besonders Veranlassung sein, der Straßenzelle etwas mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden und vor allem Klarheit über sie zu schaffen. Im Anfang war eine gewisse Zurückhaltung sogar am Platze, eben weil es galt, die grundsätzliche ideologische Umstellung der Mitglieder und Leitungen so schnell als möglich zu entwickeln. Heute haben schon alle Genossen, oder doch ihre Mehrheit, erkannt, daß nur die Reorganisation auf der Basis der Betriebszellen die Partei zur kommunistischen Massenpartei entwickeln möglich sein wird. Und heute kommt es darauf an, alle organisatorischen Sicherungen zu schaffen, die beim Reorganisationsprozeß keine Rückschläge zulassen. Weder in bezug der Erfassung und Festhaltung des bisherigen Mitgliederbestandes noch in bezug auf die kontinuierliche Durchführung der Arbeit und besondere Teile der Arbeit der Partei. Eine dieser organisatorischen Sicherungen ist die Straßenzelle, ihre genügende Einschätzung und ihre ständige und sorgfältige Leitung bei ihren Funktionen. Wir sind darum der Meinung, daß das, was im Rundschreiben Nr. 5 „Umbau“ zur Frage der Straßenzellen gesagt ist, ungenügend ist. Erstens deshalb, weil Ihr darin so schreibt, als wenn die Unklarheiten, die in allen diesen Fragen bestehen und die vor kurzem erst in der Leitung liquidiert worden sind, schon auch bei der Masse der unteren Leitungen und Parteimitgliedschaft überwunden seien. Das ist aber keineswegs der Fall. Und wenn wir diese Unklarheiten oder Abweichungen nicht konkret aufzeigen und keine Gegenargumente bringen, so werden wir höchstens eine neue Verwirrung aber keine Klarheit schaffen. Denn der Parteimasse ist noch nie offen gesagt worden: darin bestanden unsere Fehler und aus diesem und jenem Grunde war das ein Fehler. (Das ist übrigens anderen Fehlern in der Orgarbeit gegenüber auch noch nicht geschehen.) Und wir halten das für eine Notwendigkeit!

Zweitens deshalb ungenügend, weil es nicht genügend klar den Charakter und die Notwendigkeit der Straßenzelle betont, ihre Schaffungsmöglichkeit, sogar in ähnlicher Weise, wie aus dem „Revolutionär“ zitiert, einschränkt und über die Aufgaben und Funktionen der Straßenzellen nur sehr nebenbei in anderem Zusammenhang spricht. (Auch im Rundschreiben Nr. 2 (Presserwerbung) wird die Straßenzelle nicht erwähnt, obgleich sie gerade bei der Presserwerbung auch einige ganz wichtige Funktionen zu erfüllen hat.) Es ist aber wichtig, wenn wir schon an die Schaffung von Straßenzellen gehen, weil sie eine Notwendigkeit sind, daß wir auch über ihre Aufgaben und Funktionen Klarheit schaffen, nicht nur, damit die Straßenzellen nicht zusammenbrechen, sondern gerade, um Fehler und Störungen in der Reorganisation zu vermeiden.

Es ist klar, daß sich die konservativen Elemente unserer Partei an die Straßenzellen anklammern werden und, besonders, wenn wir die Frage der Straßenzellen schon etwas positiver stellen, darin eine Konzession für sich oder sogar eine Rechtfertigung ihres Standpunktes suchen werden. Gerade ihren Einflüssen gegenüber müssen wir die Aufgaben und den Charakter der Straßenzellen klar formulieren, dann werden sie keine Verwirrung mehr anrichten können. Dabei muß man natürlich immer — und Ihr tut im „Umbau“ ganz recht dabei — das Hauptaugenmerk auf die Betriebszellen richten und darüber den Parteimitgliedern alle nur möglichen Ratschläge zu geben. Die Schaffung von Betriebszellen, ihre Förderung und Stärkung muß in jeder Beziehung im Mittelpunkt der Reorganisationsarbeit der Partei stehen. Aber wir sind heute doch schon so weit, daß wir eben im Interesse dieser Reorganisation die Straßenzellen nicht mehr übergehen oder auch nur ungenügend beachten dürfen.“

Hinein in die Rote Hilfe

Der 5. Weltkongreß der 3. Internationale beschloß: Jedes Mitglied der Sektionen der Kommunistischen Parteien ist Mitglied der „Roten Hilfe“.

Der 10. Parteitag beschloß: Jedes Mitglied der Partei ist Mitglied der Mitgliederorganisation der „Roten Hilfe Deutschland“.

Der Parteitag verpflichtet alle Mitglieder und Funktionärskörperschaften der KPD., die „Rote Hilfe“ in ihrem Aufbau zur selbständigen Organisation nach besten Kräften zu unterstützen. Dieser Beschluß muß realisiert werden. Das heißt:

1. Jedes Parteimitglied muß bis zum 1. Dezember Mitglied der „Roten Hilfe“ sein und eine Mitgliedskarte besitzen.
2. Jedes Parteimitglied muß in der „Roten Hilfe“-Organisation darauf achten, daß es regelmäßig kassiert wird.
3. Jedes Parteimitglied ist verpflichtet, seinen Arbeitskollegen als Mitglied der „Roten Hilfe“ zu werben.
4. Wo noch keine Ortsgruppe der „Roten Hilfe“ besteht und kein Material an Marken, Mitgliedskarten usw. vorhanden ist, muß dies sofort vom Bezirksvorstand der „Roten Hilfe“ angefordert werden.

Vom 1. Dezember ab hat jedes KPD.-Mitglied seinen regelmäßigen Beitrag von wöchentlich 10 Pfg., zum allermindesten aber — wenn der Arbeitsverdienst sehr gering ist — monatlich 10 Pfg. an die „Rote Hilfe“-Organisation abzulefern.

Die Bezirksleitung der KPD. hat dem Bezirksvorstand der „Roten Hilfe“ versprochen, streng darauf zu achten, daß diese Arbeiten strikte durchgeführt werden.

Dem Bezirksvorstand der „Roten Hilfe“, Breslau 1, Am Rathaus 7, ist sofort Bericht zu geben über die Stärke der Organisation am Platze und Material anzufordern. Der Bezirksvorstand sichert die weitestgehende Unterstützung in allen Fragen zu.

Die Ausrede vieler Genossen, daß sie schon bei dem Radler-, Turner- oder Sänger-Bund seien und darum nicht noch Mitglied der „Roten Hilfe“ werden könnten, muß wegfallen. Genosse! Denke daran, daß auch Du in der Lage stecken könntest, wie unsere in den Kerkern schmachenden Klassengenossen.

Darum werdet Mitglieder der „Roten Hilfe“!